

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **10./11. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025
vom 11. November 2024

von 16.15 – 18.20 Uhr und 20.00 – 22.00 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: F. Helg (FDP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 10. Sitzung: R. Tobler (FDP)
10./11. Sitzung: B. Oeschger (GLP), R. Dürr (Grüne), G. Stritt (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 8./9. Sitzung	
2*	24.87	Wahl einer 1. Vizepräsidentin / eines 1. Vizepräsidenten anstelle des zurücktretenden M. Steiner (SP) für den Rest des Amtsjahres 2024/2025	M. Sorgo
3*	24.80 (DSS)	Projektierungskredit von Fr. 3,5 Mio. für den Ersatzneubau Stirntribünen Stadion Schützenwiese (Projekt-Nr. 13178)	A. Würzer
4*	24.47 (DPR)	Verpflichtungskredit von Fr. 2'706'000 für den Ersatzneubau der Quartieranlage Eichwäldli (Projekt-Nr. 13340)	S. Gfeller
5*	24.12 (DFI)	Verpflichtungskredit von Fr. 6'600'000 für Sanierungs- und Umbauarbeiten der Liegenschaft Obertor 17 (Projekt-Nr. 33152)	M. Nater
6*	24.13 (DFI)	Verpflichtungskredit von Fr. 9'606'000 für Sanierungs- und Umbauarbeiten der Liegenschaft Obertor 11/13 (Projekt-Nr. 33111)	M. Nater
7*	24.55 (DTB)	Förderprogramm Energie Winterthur – Bericht des Stadtrats betreffend Förderprogramm Energie Winterthur 2020–2023	N. Ernst

- | | | |
|----|----------------|--|
| 8* | 24.78
(DBM) | Begründung des Postulats J. Praetorius (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und L. Studer (GLP) betr. Begründung von Verwaltungsliegenschaften |
| 9* | 24.79
(DBM) | Begründung des Postulats J. Praetorius (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), B. Zäch (SP) und L. Studer (GLP) betr. Fassadennutzung für PV-Anlagen |
| 10 | 24.19
(DBM) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), P. Angele (SVP), R. Heuberger (FDP) und L. Studer (GLP) betr. Erfordernis Erstellung von Mockups und Aufgaben der Fachgruppe Stadtgestaltung / AfS |
| 11 | 24.20
(DBM) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU) und R. Heuberger (FDP) betr. Bauausschuss oder Baukommission – Teilrevision der Zuständigkeitsordnung für das Bauwesen |
| 12 | 23.51
(DSO) | Antrag und Bericht zum Postulat M. Steiner (SP), A. Würzer (EVP), S. Casutt (AL), N. Ernst (GLP) und N. Wenger (Grüne) betr. kinderfreundliche Stadt Winterthur |
| 13 | 23.85
(DFI) | Beantwortung der Interpellation K. Frei Glowatz (Grüne) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadtlandwirtschaft |
| 14 | 23.87
(DTB) | Antrag und Bericht zum Postulat Ph. Weber (SP) und A. Büeler (Grüne) betr. Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community |

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Doppelsitzung des Winterthurer Stadtparlaments.

Ich stelle fest, es gibt einen guten Zulauf heute Abend. Es ist so, dass wir schon rein aus feuerpolizeilichen Gründen nicht mehr Leute im Saal dulden dürfen als es Sitzplätze hat; aber es ist alles vorbereitet. Es gibt ein weiteres Sitzungszimmer, das auf der gleichen Etage am Ende des Flurs bereit ist. Dort gibt es eine Videoübertragung dieser Sitzung, live 1:1. Deshalb bitte ich die Besuchenden, die jetzt stehen müssen, in dieses Nebenzimmer zu gehen. Man kann dort wirklich alles live mitverfolgen. So können wir auch den Vorschriften der Feuerpolizei gerecht werden. Besten Dank.

Mitteilungen

Parlamentspräsident F. Helg: Ich komme zu den Mitteilungen.

Abgemeldet haben sich für beide Sitzungen Benedikt Oeschger, Renate Dürr und Gabi Stritt. Für die erste Sitzung abgemeldet hat sich Raphael Tobler. Verspätet eintreffen werden Nicole Holderegger (ca. 17.40 Uhr) und Kathrin Frei Glowatz, die sich um ca. 20 Minuten verspätet.

Markus Steiner ist auf gestern, 10. November 2024, von seinem Amt als Erster Vizepräsident zurückgetreten. Die Funktion des Ersten Vizepräsidenten ist daher momentan vakant. Deshalb nimmt der Zweite Vizepräsident, Samuel Kocher, bis zur Wahl des Ersten Vizepräsidenten die Aufgabe des Ersten Vizepräsidenten an meiner Seite wahr.

Markus Steiner wurde am 15. Mai 2023 als Zweiter Vizepräsident und am 13. Mai 2024 als Erster Vizepräsident in die Parlamentsleitung gewählt. Die Funktion als Erster Vizepräsident konnte er allerdings aus gesundheitlichen Gründen seither nicht wahrnehmen. Der Entscheid, als Erster Vizepräsident zurückzutreten, ist Dir, lieber Markus, sicher nicht leichtgefallen. Wir

sind aber froh, dass Du wieder in unseren Reihen bist und Dein parlamentarisches Amt wieder ausüben kannst.

In der Parlamentsleitung warst Du im Amtsjahr 2023/2024 insbesondere eingebunden in die Begleitung des Umbaus des Parlamentssaals, und Du hast auch die Aufgabe übernommen, das Protokoll der Parlamentssitzungen zu prüfen. In einem bloss vierköpfigen Gremium, das den Parlamentsbetrieb organisiert, kommt es besonders darauf an, dass alle Meinungen und Ideen Gehör finden und in die Diskussionen miteinbezogen werden. Ich danke Dir im Namen der Parlamentsleitung herzlich für Dein Engagement in diesem Gremium, Deine Inputs sowie die konstruktive Zusammenarbeit und wünsche Dir für die Zukunft alles Gute. (*Applaus*)

Ich darf ein neues Parlamentsmitglied in unseren Reihen begrüßen: Jan Ehrbar (SVP) nimmt Einsitz für Walter Isler. Du, Jan, bist ja schon seit dem 1. Oktober 2024 als Mitglied gewählt, aber heute, am 11. November, zum ersten Mal an einer Sitzung im Plenum dabei.

Ich habe noch eine spezielle Würdigung heute Abend. Am 1. November 1994 hat Jürg Bachmann seine Tätigkeit bei der Stadtverwaltung Winterthur aufgenommen und seither den Parlamentsbetrieb unterstützt; zuerst noch bei der Stadtkanzlei, dann im eigenständigen Parlamentsdienst.

30 Jahre sind eine eindruckliche Zeitspanne. Ich habe im Protokoll der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 21. November 1994 (das war mutmasslich die Sitzung, in der Du, Jürg, zum ersten Mal dabei warst) nachgeschaut. Und siehe da: Es gibt ein Projekt, das jetzt, 30 Jahre später, im Jahr 2024 zum Abschluss kam, und aber auch ein Thema, das auch heute noch diskutiert wird. An der Sitzung vom 21. November 1994 hat das Parlament nämlich einen Subventionsvertrag mit dem Trägerverein Flora/Sammlung Hahnloser angenommen mit dem Ziel, dass die Gemäldesammlung Hahnloser der Öffentlichkeit gezeigt werden kann.

Und in diesem Jahr 2024 wurde bekanntlich die renovierte und erweiterte Villa Flora als dritter Standort des Kunstmuseums Winterthur eröffnet. An der gleichen Sitzung wurde darüber informiert, dass der Stadtrat das Parlament in die kontinuierliche Begleitung vom Projekt «Wirkungsorientierte Verwaltungsführung» miteinbeziehen wolle. Und 30 Jahre später ist der Umgang mit der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» immer noch Gegenstand von intensiven Debatten; gerade auch aktuell, wenn wir über das Budget 2025 streiten.

Lieber Jürg, Du hast in den 30 Jahren viele Veränderungen erlebt und mit unzähligen Parlaments- und Stadtratsmitgliedern zusammengearbeitet. Deine tiefen Kenntnisse, Deine Hilfsbereitschaft in jeder Situation (das erlebe ich als Präsident besonders) und Deine Zuverlässigkeit tragen ganz wesentlich dazu bei, dass der Parlamentsbetrieb rund läuft.

Ich gratuliere Dir im Namen der Parlamentsleitung und des gesamten Stadtparlaments herzlich zu Deinem Dienstjubiläum. Wir danken Dir für Deinen langjährigen grossen Einsatz zugunsten des Winterthurer Stadtparlaments. Du erhältst natürlich, wie das üblich ist, die Treueprämie gemäss Personalrecht und ausserdem von uns, von der Parlamentsleitung einen Gutschein für den Genuss von verschiedenen – namentlich gastronomischen – Angeboten in Winterthur. Für Deine weitere Zukunft im Parlamentsdienst, für Deine weitere berufliche Tätigkeit wünschen wir Dir viel Erfolg und Befriedigung. (*Applaus*)

Verschiedene Medien haben angemeldet, dass sie Fernseh-, Audio- oder Fotoaufnahmen machen möchten. Gestützt auf diese Anfragen sind solche Aufnahmen generell gestattet.

Noch ein Hinweis zum Budget, jetzt, wo die Konzentration noch da ist: Eingaben von Fraktionsanträgen zum Budget sind einzureichen beim Finanzamt (Frau Oberchristl und Herr Vitali) bis am Donnerstagmittag vor der Plenumsitzung (28.11.2024). Der Parlamentsschreiber schaltet das nachher noch auf. Das stellt sicher, dass die Anträge für die Unterlagen der Budgetberatung – namentlich das Drehbuch – berücksichtigt werden können. Das hilft dann auch, dass wir einen guten Ablauf bei der Budgetsitzung haben.

Das waren die Mitteilungen.

Erklärungen

Parlamentspräsident F. Helg: Es wurde eine Fraktionserklärung von der SVP angemeldet. Es spricht der Fraktionspräsident Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (SVP): Am vorletzten Samstag hat es in der Innenstadt von Winterthur eine Demonstration zum Thema Wohnen gegeben. Die Demonstration war wie üblich unbewilligt. (Wann ist in Winterthur eigentlich zum letzten Mal eine unbewilligte Demonstration aufgelöst worden?)

Gemäss einem Lokalradio haben die Demonstranten «bewusst» auf eine Bewilligung verzichtet. Das ist rechtswidrig. Ausserdem haben die Demonstranten den öffentlichen Verkehr unterbrochen. Das ist gemäss Strafgesetzbuch ein Officialdelikt. Das heisst, Strafverfolgungsbehörden, wie die Polizei, sind von Amtes wegen zu Ermittlungen verpflichtet. Laut Medienmitteilung der Stadtpolizei verzichtete die Stadtpolizei «aus Gründen der Verhältnismässigkeit» auf die Auflösung der Demonstration.

Sofern die Stadtpolizei auf Ermittlungen gegen die Organisatoren der Demonstration ebenfalls verzichtet, handelt sie pflichtwidrig. Die SVP hält es für höchst unwahrscheinlich, dass die Stadtpolizei aus eigenem Antrieb auf Ermittlungen verzichtet.

Es stellen sich dazu viele Fragen. Zwei davon:

1. Wann wurde die politische Führung von der Stadtpolizei bezüglich der unbewilligten Demonstration informiert?
2. Wer hat entschieden, die Demonstration «aus Gründen der Verhältnismässigkeit» nicht aufzulösen?

Selbstverständlich stellen sich noch zahlreiche weitere Fragen. Diese haben wir zusammengefasst in einer Interpellation, welche heute im Parlament zirkuliert. Ihr könnt dort gerne noch mitunterschreiben. Danke.

Stadträtin K. Cometta: Das ist jetzt ein bisschen schwierig mit dem Verweis auf die Interpellation; ich weiss jetzt gar nicht, ob ich etwas dazu sagen kann, bevor der Stadtrat diese Fragen beantwortet hat. Ich stelle auch fest, dass es in bisschen Usus geworden ist, Vorstösse schon beim Einreichen mit Statements zu verbinden.

Nichtsdestotrotz: Ich möchte einfach jetzt schon beruhigen. Die Stadtpolizei hat überhaupt nicht auf Ermittlungen verzichtet, das war von Anfang an klar. Es sind auch schon viele Teilnehmende ermittelt und verurteilt worden.

Ich finde es auch ärgerlich oder mehr als ärgerlich, dass die Teilnehmenden dieser Demonstration bewusst nicht um eine Bewilligung ersucht haben. Wir hätten Hand geboten für eine solche Bewilligung, das haben die Organisator/-innen gewusst. Und die Stadtpolizei ist ansonsten nach dem 3D vorgegangen. 3D steht für Dialog, Deeskalation und Durchgreifen. Und das Durchgreifen muss aber lagebedingt und verhältnismässig sein. Das ist eine standardisierte Einsatzplanung, die sich nach den Reglementen des Schweizerischen Polizeinstituts richtet. Und das ist in der ganzen Schweiz Standard.

Ich war mit dem Kommandanten den ganzen Nachmittag vor Ort. Oh ja, das war die Frage, wann ich die Information erhalten habe. Die Infos waren ja ziemlich unübersehbar, wenn man durch Winterthur gegangen ist. Schon das hat mich, offen gesagt, ein bisschen geärgert. Ich hatte bereits vor den Herbstferien davon Kenntnis, dass das geplant wurde. Ich habe auch über meine Kanäle probiert, an die Kreise zu gelangen, die hinter dieser Organisation stehen; mit der Aufforderung, eine Bewilligung einzureichen. Wir waren also dort vor Ort, als sie sich im Stadtgarten gesammelt haben. Die Stadtpolizei ist mit einem Wagen hingefahren, hat die Leute darauf aufmerksam gemacht, dass es eine unbewilligte Demonstration ist und sie sich strafbar machen. Und dass es die Möglichkeit gibt, gleich noch vor Ort eine Spontanbewilligung einzuholen. Es war also ein noch sehr dialogorientierter Ansatz.

Dann hat man geschaut, dass der Demonstrationzug nicht in die Altstadt hineinkann. Das hat man immer abgeriegelt. Und sie sind dann auch aussen herumgegangen, natürlich mit dem Nachteil, dass der öffentliche Verkehr behindert wurde, und natürlich auch der motorisierte Individualverkehr. Aber sicher mit dem Vorteil, dass die Personen, die am Samstag in der Altstadt einkaufen wollten, nicht belästigt wurden. Und das ist uns hervorragend gelungen. Und in dem Sinne schaue ich eigentlich auf einen positiven Einsatz zurück. Es gab keine Sachbeschädigungen, das muss man vielleicht auch noch festhalten, es wurde null Sachbeschädigung angezeigt. Es blieb friedlich.

Und ja, ein anderes Mal würde ich mir natürlich auch erhoffen, dass diese Leute um eine Bewilligung ersuchen, so dass sie ihr Recht auf Meinungsäusserung in einem geordneten Rahmen vorbringen können und die Stadtpolizei nachher nicht verzeigen muss. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Damit wäre das erledigt. Es sind keine weiteren Erklärungen gemeldet worden.

Traktandenliste

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen zur Traktandenliste. Zur Traktandenliste ist ein Antrag angemeldet, weil ein Traktandum abgesetzt werden soll. Ich gehe davon aus, dass Markus Nater (GLP) dazu spricht.

M. Nater (GLP): Wir von der GLP stellen den Absetzungsantrag für das Geschäft «Kredit Neubau Quartierzentrum Eichwäldli». Wir wollen ganz klar sagen: Wir sind nicht gegen den Neubau. Wir wollen den Neubau. Aber wir fragen uns, was der Hintergrund ist. Es fehlten uns relevante Unterlagen in Form einer Bestandesanalyse und der Immobilienstrategie, welche auch entsprechend in der Weisung erwähnt sind, die aber bei der Schlussabstimmung in der SBK nicht zur Verfügung standen.

Die Frage ist jetzt, wieso das relevant ist. In diesen Unterlagen steht, dass das reine Gebäude (BK 3) in diesen vier Jahren über 40% angestiegen ist. Die Erklärung ist Holz- und Bauteuerung. 40% für Holz- und Bauteuerung – das kann man hinterfragen, was wir auch machen. Im Kreditantrag oder in der Zusammenfassung der Weisung steht: «Eine umfassende Sanierung des bestehenden Gebäudes wurde als Alternative geprüft, jedoch aus ökologischen, wirtschaftlichen oder funktionalen Gründen als nicht zielführend erachtet.» Funktional kann ich absolut dieser Meinung sein. Aber dass ein Neubau ökologisch besser ist und dass eine Sanierung, die ca. 10 x weniger kostet, wirtschaftlich besser ist, das ist eine Aussage, die man sicher hinterfragen kann. Und als 3. und letzter Punkt sind es noch die Synergien mit dem Eichwaldhof, die sicher noch quantifiziert werden können.

Wir von der GLP stehen zu diesem neuen Quartierzentrum, aber es braucht da bewusst auch, dass wir uns das nochmals anschauen. Und deshalb haben wir einen Absetzungsantrag gestellt und keinen Ablehnungsantrag. Wir sind jedoch für die Arbeit in der Kommission, dass wir dort die ganze Basis haben, dass wir diese auch ausführen können – denn wir als Parlamentarier/-innen müssen einfach ein Objekt, einen Kredit auch sauber prüfen können. Deshalb bitte ich in dieser Runde um Zustimmung für die Absetzung.

S. Gfeller (SP): Ich möchte gerne eine Replik auf den Absetzungsantrag der GLP geben. Liebe GLP, die Hausaufgaben sind nicht erfüllt. Die GLP referenziert ihren Absetzungsantrag scheinbar auf die Immo-Strategie von Februar 2021 und ist der Meinung, ein bisschen Sanieren würde schon ausreichen. Die Vorortanalyse, auf die Ihr Euch bezieht, ist von 2017. 2019 wurde die Quartieranlage in Stratus aufgenommen und die Empfehlung für einen Neubau ist im Bericht von 2021 drin. Im Bericht steht explizit, dass ein Neubau die beste Lösung ist. Es gibt keine Strategie 2, weil die Instandsetzung in keinerlei Hinsicht den zukünftigen Bedürfnissen entsprechen würde. Es müsste ein unverhältnismässiger baulicher Aufwand betrieben werden, der nicht zielführend wäre.

Der Absetzungsantrag ist somit unverständlich, weil die Immobilienstrategie eine klare Empfehlung für einen Ersatzneubau ausgesprochen hat. Die jetzige Anlage ist nicht nur in die Jahre gekommen, sondern sie ist schlichtweg viel zu klein. Sie entspricht nicht mehr den Anforderungen der Zeit (z.B. Behindertengerechtigkeit) und die energetischen Anforderungen sind bei einem über 44jährigen Bau auch nicht mehr gegeben. Die Fakten waren schon immer auf dem Tisch und es gibt keine neuen Fakten. Der Bericht lag schon damals vor und die Inhalte sind die gleichen. Wir lehnen den Antrag ab.

M. Gross (SVP): Wir werden den Antrag der GLP unterstützen. Nicht weil wir die Argumente so schlagend finden, denn es geht jetzt nicht um den Inhalt, aber anscheinend hat die GLP da noch etwas gefunden, das sie diskutieren möchte. Und das wollen wir der GLP nicht verweigern, deshalb unterstützen wir den Antrag, damit dieses Geschäft dann an der nächsten Lesung allenfalls klar durchkommen kann.

M. Nater (GLP): Einfach noch eine kurze Ergänzung zu dem, was Selim sagte: Wenn er das Protokoll gelesen hat – ich habe genau auf die Unterlagen im Protokoll verwiesen, die dort auch entsprechend abgelegt wurden. Und von daher weiss ich nicht, woher Du Deine Informationen hast.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich gehe jetzt nicht davon aus, dass alle Gäste auf der Tribüne und im Nebenraum wegen dem Eichwäldli hier sind. Aber ich möchte trotzdem dafür sorgen, dass man das Eichwäldli heute behandeln kann. Denn es hat einige hier, die wegen dem Eichwäldli da sind.

Es hat mich genauso irritiert, wie es schon gesagt wurde: Wir waren 2 x in der Kommission. Wir haben das Geschäft vorgestellt, wir haben Fragen beantwortet, wir haben Dokumente geliefert. Deshalb verstehe ich dieses Votum nicht. Es geht v.a. um den Bericht, den Fachleute zusammengestellt haben; Architekten, die unsere Freizeitanlagen geprüft haben. Und die sahen: Dort kann man etwas sanieren, da kann man nicht viel machen – und da muss man abbrechen. Und beim Eichwäldli sind sie auf den Abbruch gekommen. Dann hat man das als Projekt zusammengestellt und hat dann während dem Projekt auf Holz umgestellt. Und es ist eben effektiv so: Die Teuerung und der Holzeinsatz – der ja für die GLP absolut wichtig sein müsste, es ist ein nachhaltiger Baustoff – haben gerade beim Eichwäldli dafür gesorgt, dass es teurer wurde. Das haben wir aber auch thematisiert, die Kommission hat das diskutiert. Am Schluss hat eine übergrosse Mehrheit der Kommission gesagt, doch, das ist gut, das unterstützen wir.

Wenn es wegen dem Holz wäre, dann muss ich der GLP sagen, dass ich es dann gar nicht mehr verstehe. Denn das ist ein nachhaltiger Baustoff und den müsstet Ihr eigentlich unterstützen.

Ich appelliere dafür, dass wir das Geschäft heute behandeln. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Ich denke, wir können jetzt die Abstimmung durchführen. Es geht jetzt um den Ordnungsantrag zur Traktandenliste. Ich bitte den Ratsschreiber, das zu projizieren.

A = Zustimmung Absetzung Traktandum, B = Ablehnung Absetzung, d.h. Behandlung heute. Abstimmungsergebnis: 24 Zustimmung für Absetzung, 30 Ablehnung Absetzung, 0 Enthaltungen.

Das Traktandum wird heute gemäss Traktandenliste behandelt.

Es gibt noch eine Verschiebung eines Traktandums. Es betrifft das Traktandum 2, die Wahl des 1. Vizepräsidiums. Diese Wahl findet am Abend statt, zu Beginn der Abendsitzung, weil die IFK zu diesem Geschäft noch eine Sitzung durchführt.

Gemeinsame Behandlung von Geschäften: Das betrifft Traktandum 5 und 6, die Obertor-Vorlagen, die wir gemeinsam behandeln.

Gibt es Einwände oder weitere Anträge zur Traktandenliste? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Traktandenliste so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 8./9. Sitzung

Parlamentspräsident F. Helg: Protokoll der 8. und 9. Sitzung vom 16. September 2024. Gibt es zu diesem Protokoll Anmerkungen oder Einwände? – Das ist nicht der Fall.

Ich danke an dieser Stelle Andrea Furrer für das Verfassen des Protokolls, das sie wie immer sehr schnell und einwandfrei macht. Das Protokoll gilt so als genehmigt.

Ich kann an dieser Stelle noch den Hinweis anfügen, dass unsere Protokollführerin sehr froh und dankbar ist, wenn ihr schriftlich vorbereitete Voten im Voraus oder allenfalls noch nach der Sitzung zugestellt werden. Das würde die Protokollführung sehr erleichtern.

Weil das Traktandum 2 auf die Abendsitzung verschoben wird, kommen wir zu Traktandum 3.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.80: Projektierungskredit von Fr. 3,5 Mio. für den Ersatzneubau Stirntribünen Stadion Schützenwiese (Projekt-Nr. 13178)

Parlamentspräsident F. Helg: Projektierungskredit von Fr. 3,5 Mio. für den Ersatzneubau Stirntribünen Stadion Schützenwiese (Projekt-Nr. 13178). Noch ein Hinweis zur Abwicklung: Nachdem der Referent das Geschäft vorgestellt hat, sprechen zuerst die SBK-Mitglieder und dann die BSKK-Mitglieder (als mitberichtende Kommission) dazu sprechen, dann allenfalls noch übrige Mitglieder. So können wir die Redereihenfolge gemäss Organisationsverordnung einhalten. Das Geschäft wird vom Referenten der SBK, Alex Würzer, vorgestellt.

A. Würzer (SBK): Ich darf Ihnen heute den Projektierungskredit von 3.5 Millionen Franken für den Ersatzneubau Stirntribünen Stadion Schützenwiese mit der Projektnummer 13178 im Namen der SBK vorstellen.

Zur Ausgangslage: 2010 hat ein Projektwettbewerb stattgefunden. Das Siegerprojekt war von Sollberger Bögli Architekten aus Biel, «das runde muss ins eckige». 2015 hat man dann die Gegentribüne eröffnet und das Ganze sollte ein etappenweiser Ausbau sein. Die folgenden Etappen zum Umbau der Stirntribünen und auch der Haupttribüne sind aber, wir wissen es alle, bisher nicht realisiert worden.

Die Stirntribünen und die Haupttribüne stammen aus den 50er-Jahren. Sie sind schon sehr alt, sie sind wirklich baufällig und sie werden seit der Eröffnung der Gegentribüne auf Abbruch bewirtschaftet. Sie genügen den Bedürfnissen seit Jahren nicht mehr.

Die aktuelle Stadioninfrastruktur erfüllt die Anforderungen der Swiss Football League an den Spielbetrieb der Challenge League oder Super League seit Jahren nicht mehr. Das ist natürlich gerade für die 1. Mannschaft der Männer ein sehr grosses Problem. Der FCW konnte in den letzten Jahren nur mit einer Ausnahmegewilligung der SFL in diesen Ligen spielen; und das auch nur, weil man nachweisen konnte, dass man ein laufendes Projekt im Gang hat. Übrigens: Diese Folien habe ich von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt erhalten, vielen Dank an dieser Stelle.

Der FC Winterthur ist mehr als nur die vielleicht bekannteste Mannschaft in der Super League. Es gibt sehr viele weitere Teams, die unter dem Namen des FC Winterthur spielen. Es sind auch sehr viele Juniorinnen und Junioren, wie man hier sieht. Es gibt insgesamt 28 Teams, eine Geschäftsstelle mit 12 Angestellten und auch verschiedene Trainingsplätze. Es wird also nicht nur auf der Schützenwiese trainiert, sondern es geht bis nach Wiesendangen

hinaus. Das Saisonbudget beträgt 13.5 Millionen Franken und davon gehen 1.5 Millionen in den Nachwuchs. Man ist mit diesem Budget auch, betrachtet auf die Super League, sehr tief – man hat das tiefste Budget.

Zur Parzelle Schützenwiese: Es ist eine innerstädtische Parzelle mit einer Fläche von insgesamt fast 50'000 m². Sie ist eingebettet in eine grosse Erholungs- und Freizeitanlage. Sie ist unter anderem natürlich Trainings- und Spielstätte für die Fussballmannschaften des FC Winterthur, aber es gibt auch viele andere Sportvereine, die diese Parzelle nutzen. Es gibt einen öffentlichen Parkplatz, es gibt drei Kindergärten und es gibt noch weitere Nutzungen wie Regenrückhaltebecken und Trafostation.

Es ist offensichtlich, es gibt also auch sehr viele Ansprüche an diese Parzelle. Ich habe es schon genannt: Kindergarten, schulergänzende Betreuung, sonstiger Freiraum, Energiezentrale. Es kommt auch dazu, wenn man das neu gestalten möchte, dass man unter anderem auch den Erhalt der bestehenden Fan-Kultur sicherstellen möchte. Es kommen wirklich sehr viele Ansprüche auf diese Parzelle zusammen.

Was sind die Chancen dieser Parzelle? Die Chancen dieser Projekte, die man da ins Auge fasst? Ich komme nachher noch darauf, es sind zwei Teilprojekte. Es geht darum, dass man den Campus nicht mehr nur für die Spitzenspiele der Mannschaften nutzen können soll, sondern dass man das auch im ganzjährigen Betrieb vielfältiger nutzen kann, dass man den Flächenverbrauch besser optimieren kann und weitere Punkte sind auch, dass man die soziale Interaktion vor Ort und lebendige Gemeinschaftsräume bewusst fördern kann, die schon jetzt gegeben und sehr nachgefragt sind. Dass man das weiter optimieren kann und auch Abläufe im Betrieb optimieren und eine gute Grundlage schaffen kann für die Interessensabwägung der vielfältigen Interessen, die dort zusammenkommen.

Zu den Herausforderungen: Es sind sehr viele Interessen, die dort zusammenkommen. Es geht aber auch darum, die Synergien erkennen und koordinieren zu können. Eine weitere Herausforderung ist – das wird v.a. im Teilprojekt 2 kommen -, dass man dort auch ISOS-geschützte Gebäude hat. Gerade die Haupttribüne ist im Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder. Das wird man auch anschauen müssen.

Wir haben zwei Teilprojekte, ich habe es schon gesagt. Wir haben das Teilprojekt 1, das ist das, für das wir heute den Projektierungskredit besprechen und allenfalls dann beschliessen. Es geht um die Stirntribünen und Garderoben, also konkret sprechen wir da von den Stirntribünen, wo die Sirupkurve drin ist, die Bierkurve natürlich auch und den Gästeblock und dort auch den Teil, der auch noch für die Heimfans nutzbar ist, im Sektor D.

Es geht dort aber auch darum, dass man allenfalls noch prüfen kann, ob man das Raumprogramm noch erweitern kann, dass man vielleicht auch gewisse Nutzungen, die jetzt auf die Haupttribüne konzentriert sind, in die Stirntribünen überführen kann. Dazu später noch mehr. Das Teilprojekt 2, die Parzelle Schützenwiese, ist dann die gesamtheitlichere Betrachtung. Diese folgt aber erst zu einem späteren Zeitpunkt. Dort geht es dann besonders um die Haupttribüne, wie man mit dieser umgeht. Man wird auch das mit dem Kindergarten nochmals anschauen und die weiteren Ansprüche, die an diese Parzelle gestellt werden.

Die Parzelle Schützenwiese, das Teilprojekt 2, damit man das einmal sieht von der zeitlichen Abfolge her: Da wird man nochmals neu anfangen müssen, weil man neue Anforderungen hat. Das Teilprojekt 2 ist aber nicht Teil der Vorlage, die wir jetzt besprechen.

Zum Teilprojekt 1, Stirntribünen und Garderoben: Die Erneuerung umfasst Stehrampen und alles, was weiter dazukommt. Da sprechen wir auch von WC-Anlagen, Verpflegungsständen, Kassen, Zugängen, weitere Nebenräume. Man wird die Tribünen nach jetzigem Planungsstand gleich aufbauen wie die Gegentribüne, die 2015 eröffnet wurde. Es ist eine Konstruktion aus Stützen und Trägern. Die Tribünen sollen als Stehplatzrampen gebaut werden, die man gegebenenfalls auch einmal umrüsten könnte zu Sitzplätzen. Es handelt sich um eine modulare Tragkonstruktion, die man im Werk vorbereiten und vor Ort dann relativ schnell montieren kann.

Wichtig ist auch, dass man die Infrastruktur, die man in der Zwischenzeit aufbauen musste, wieder sinnvoll wiederverwerten kann, damit man nicht alles einfach liquidieren muss. Im Weiteren ist eine Überdachung geplant für die beiden Stirntribünen, analog zur Gegentribüne.

Man prüft auch, ob man die Kapazitäten, die aktuell gegeben sind mit den Stirntribünen, erweitern könnte und so auch die Haupttribüne zu einem späteren Zeitpunkt möglicherweise entlasten und damit für weitere, andere Ressourcen freisetzen könnte. Den identitätsstiftenden Elementen der Fan- und Vereinskultur soll Rechnung getragen werden, denn es gibt natürlich einige Bauten, die den Fans sehr lieb und ans Herz gewachsen sind. Diese sollen wirklich berücksichtigt werden. Weiter soll die Tribüne D (dort, wo der Gästesektor ist) so geplant werden, dass man dort je nach Fankommen der Gastfans auch für die Heimfans zusätzliche Plätze freistellen kann.

Weiter hat man sich dazu entschlossen, dass man das Raumprogramm nochmals überprüfen möchte, also dass man weitere Nutzungen dieser Stirntribünen prüft. Dass man vielleicht Garderoben für den Nachwuchs dort unterbringen, die Geschäftsstelle dorthin verschieben könnte, vielleicht den Fanshop und allenfalls auch die Libero-Bar oder sonstige Räume für den Unterhalt und den Betrieb. Das Ziel von dem allen ist, die Entlastung der Haupttribüne, die dann im Teilprojekt 2 kommt, schon vorantreiben zu können, damit man dort dann mehr Spielraum hat für sonstige Nutzungen und Bedürfnisse. Weil man das Raumprogramm noch nicht ganz abschliessend definiert hat, hat das auch Auswirkungen auf die Kostenschätzung. Das ist jetzt noch nicht explizit Teil dieses Projektierungskredits, aber man sieht die Spanne von 21 – 31 Millionen Franken, diese kommt deswegen.

Zum Zeitplan: Im Herbst 2025 sollte das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag bereit sein. Bereits im 2026 soll es zur Volksabstimmung kommen für den Ausführungskredit. 2027 – 2029 soll gebaut werden können.

Eine andere Frage, die sich noch gestellt hat, ist natürlich auch die Beteiligung des FC Winterthur. Dazu muss man sagen, dass diese Verhandlungen aktuell noch laufen, dass man aber auch gewisse Erfahrungswerte hat von der Gegentribüne, die man damals im 2015 gebaut hat. Diese hat man so in die Investitionsplanung aufgenommen, aber das gilt es wirklich noch mit Vorsicht zu geniessen.

Zum Investitionsbudget: Wir haben da bereits einen Projektierungskredit von 200'000 Franken, der am 01.02.2021 bewilligt wurde. Und wir sprechen heute von den 3.5 Millionen, die der Stadtrat da beantragt. Der Ausführungskredit und alles Weitere sind nur Schätzungen, das hängt dann wirklich davon ab, wie die weiteren Erkenntnisse sind, die sich aus der weiteren Projektierung ergeben.

Hier nochmals der Antrag, welcher der Stadtrat dem Stadtparlament stellt:

«Für die Projektierung der Ersatzneubauten der Stirntribünen im Stadion Schützenwiese (Projekt-Nr. 13178) wird ein Verpflichtungskredit von 3,5 Millionen Franken zu Lasten der Investitionsrechnung des allgemeinen Verwaltungsvermögens bewilligt.

Die Bewilligung erstreckt sich auch auf die durch Teuerung und MWST bedingten Mehr- oder Minderkosten; Stichtag für die Kostenberechnung ist der 21.08.2024.»

Zusammengefasst: 3.5 Millionen Franken für die Projektierung; es geht um die beiden Stirntribünen und allenfalls erweitertes Raumprogramm; die Stirntribünen sollen gemäss Projekt von Sollberger Bögli Architekten aus dem Wettbewerb von 2010 Projekt «das runde muss ins eckige», so wie auch die Gegentribüne erstellt wurde, umgesetzt werden.

Wir haben das in der Kommission behandelt, wir hatten zwei Lesungen in der SBK. Wir hatten auch eine gemeinsame 1. Lesung mit der BSKK, die dann auch einen Mitbericht dazu machte.

Zur positiven Würdigung: Die SBK findet es sinnvoll, dass man eine Etappierung vorsieht, v.a. auch vor dem Hintergrund, dass man einen laufenden Spielbetrieb ermöglichen möchte; damit nicht die 1. Mannschaft des FC Winterthur an einem anderen Spielort ihre Heimspiele absolvieren müsste. Weiter wurde positiv festgehalten, dass man durch die Etappierung auch eine gewisse Flexibilität für eine gesamtheitliche Entwicklung der Parzelle beibehalten kann. Man hat zwar den gewissen Druck, weswegen man auch gewisse Massnahmen sofort umsetzen muss, aber trotzdem besteht die Möglichkeit, nochmals breiter und ganzheitlicher auf das Ganze zu schauen. Offensichtlich auch die Sicherung der langfristigen Liga-Lizenz für die 1. Männermannschaft des FC Winterthur; zusätzliche Garderoben, die erstellt werden sollen;

und dass man wirklich explizit achtet auf die Vereinskultur und die Bedürfnisse der Fangemeinschaft.

Kritisch beurteilt wurde, dass ein beträchtlicher Zeitdruck für das Parlament besteht durch den grossen Druck der Liga, auch mit dem drohenden Zwangsabstieg in die Promotion League. Die Höhe des Projektierungskredits wurde kritisiert, aufgrund dessen, dass man schon ziemlich klar abgesteckt hat, welches Projekt man umsetzen wird. Dann wurde bemängelt, dass trotz ausgewiesenem Handlungsbedarf der Stadionausbau jahrelang beim Stadtrat nicht angegangen worden ist. Und ein letzter Kritikpunkt war, dass man noch keine Klarheit hat darüber, wie die Beteiligung des FC Winterthur an diesem Teilneubau aussieht.

Die SBK empfiehlt dem Stadtparlament Zustimmung mit 6:3 Stimmen, und zwar Zustimmung zum Antrag gemäss stadträtlicher Weisung mit Nummer 2024.80.

Noch ganz kurz zum Mitbericht der BSKK: In Absprache mit dem Kommissionspräsidenten Jan Guddal werde ich das hier auch noch ganz kurz aufführen. Die BSKK hält fest, dass zu diesem Zeitpunkt alle von der BSKK gestellten Fragen zufriedenstellend beantwortet wurden. Auch die BSKK möchte festhalten, dass der hohe Zeitdruck, der jedoch primär auf die Vorgaben der Swiss Football League und nicht auf den Stadtrat zurückzuführen sei, als störend empfunden wurde. Die BSKK empfiehlt mit 7:2 Zustimmung zu diesem Projektierungskredit. Vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke, Alex Würzer, für das Vorstellen. Es ist noch ein weiterer Antrag angemeldet worden. Ist es korrekt, dass Christian Hartmann den Antrag begründet? Damit dieser schon jetzt bei der folgenden Diskussion zugrunde liegt.

Ch. Hartmann (SVP): Prognosen sind heikel, vor allem in der Politik.

Trotzdem: Das Projekt zu den Stirntribünen dürfte heute im Grundsatz ziemlich unbestritten sein, auch in der SVP. Es ist auch gut denkbar, dass die Realisierung von Einbauten, welche über die Anforderungen der Fussballiga hinausgehen, sinnvoll ist. Wir möchten aber wissen, was wir aus welchem Grund bauen würden – und was das kosten würde. Es wurde auch schon gesagt: Die Stadt verfügt nicht wirklich über Geld.

Wir beantragen darum folgende Ergänzung:

«Als Grundlage zur Projektierung ist den zuständigen Kommissionen vorgängig ein Raumprogramm in einer minimalen und einer ergänzten Variante vorzulegen (Stufe Machbarkeitsstudie, SIA-Teilphase 21). Die Projektierung wird danach unter Berücksichtigung der Haltung der federführenden Kommission fortgesetzt.»

Wir bitten um Zustimmung.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke vielmals. Dann würden wir die Diskussion jetzt beginnen mit den SBK-Mitgliedern. Zuerst ist Romana Heuberger an der Reihe.

R. Heuberger (FDP): Herzlichen Dank an Alex Würzer für die Präsentation dieser Vorlage.

Würde man die Winterthurer Fussballfans jetzt fragen, so hätte es sicher einige darunter, die das Stadion Schützenwiese gerne so lassen würden, wie es heute ist. Mit allen Vor- und Nachteilen und auch, wenn die Anlage zum Teil schon sehr in die Jahre gekommen ist.

Aber das Stadion so zu lassen, wie es heute ist - familiär, gemütlich und traditionsreich -, ist offensichtlich keine Option, denn die Liga fordert Nachbesserungen. Dass man die Umbaupflicht jetzt auch als Chance nutzen will, um zu prüfen, ob unter anderem die Garderobensituation oder die sanitären Anlagen verbessert werden können, ist sicher richtig.

Was in dieser Vorlage besonders ist, ist die Tatsache, dass das künftige Raumprogramm noch gar nicht abschliessend definiert ist. Was genau gebaut werden soll, ist also noch unklar. Was die FDP deshalb nicht will, ist heute mit der Genehmigung des Planungskredites einen Blankocheck zwischen 21 und 31 Millionen auszustellen für die künftige Entwicklung von den beiden Stirntribünen. Denn, wir haben es schon mehrfach gehört: Die Finanzlage der Stadt Winterthur ist besorgniserregend. Dass dem so ist, sieht man auch im Budget 2025 und in den Zukunftsprognosen.

Deshalb unterstützt die FDP den Antrag der SVP, der aufzeigen soll, was allenfalls nice to have, nötig mit hoher Priorität oder gar zwingend gemäss Vorgaben der Liga umgesetzt werden muss. Was wir brauchen, ist eine solide und für alle Nutzer sinnvolle Lösung. Und umso früher wir im Parlament bzw. in den zuständigen Kommissionen über die künftige Gestaltung der beiden Stirntribünen sprechen können und eingebunden werden, desto besser ist in den künftigen Planungsschritten die Abstützung im Parlament und umso rascher und zielführender werden wir dieses Projekt nachher vorantreiben können.

Die FDP unterstützt den Planungskredit mit dem Änderungsantrag der SVP. Vielen Dank.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion möchte, dass auch weiterhin auf der Schützenwiese Profifussball gespielt werden kann; unabhängig davon, ob der FCW in der Super League bleibt (was wir hoffen) oder ob er wieder in die Challenge League absteigen müsste (was wir dem FCW nicht wünschen).

Übrigens spielen auch Frauen im FC Winterthur. Die erste FCW-Frauenmannschaft spielt in der Nationalliga B und wir hoffen und erwarten vom FCW, dass die Frauenmannschaft für ihre Heimspiele Spielzeit auf dem Hauptplatz bekommt. Gerade auch aufgrund dieser Sanierungen.

Die Vorgaben des Schweizerischen Fussballverbandes mögen überritten erscheinen und es mag störend sein, dass der Fussballverband Vorgaben diktiert, ohne sich an Kosten zu beteiligen. Noch störender ist, dass die öffentliche Hand die Auslagen für Infrastruktur und Sicherheit tätigt, während der Fussballverband die Gewinne einstreicht und abschöpft.

Trotzdem finden wir es richtig, dass das Sportamt jetzt mit der Planung der Schützenwiese weiterfahren kann, mit der Planung dieser Stirntribünen. Die nächsten Schritte sollen angegangen werden. Dabei kann auf das Projekt von Sollberger Bögli Architekten zurückgegriffen werden; es besteht eine Basis zur Planung, auf der man fortschreiten kann. Dass dabei geprüft wird, ob allenfalls weitere Nutzungen in die Stirntribünen eingebaut werden können und so das zweite Teilprojekt entlastet werden kann, unterstützen wir.

Allerdings verlangt es vom Parlament doch einen relativ grossen Vertrauensvorschuss, dass wir da etwas bewilligen ohne ein Raumprogramm, ohne zu wissen, was denn da genau reinkommen soll. Es ist deshalb wichtig und richtig, dass den Kommissionen das Raumprogramm mit einer Machbarkeitsstudie in mindestens zwei Varianten (einer minimalen und einer ausgebauten Variante) vorgelegt wird.

Abschliessend noch: Die Mitfinanzierung durch den FCW an einen Ausbau auf der Schützenwiese scheint uns heute noch zu wenig gesichert und ungenügend. Spätestens beim zweiten Teilprojekt erwarten wir eine stärkere Mitfinanzierung durch den FCW.

Die Mitte/EDU-Fraktion stimmt dem Projektierungskredit mit dem Ergänzungsantrag zu. Vielen Dank.

M. Nater (GLP): Bei diesem Planungskredit geht es nicht nur um das Bauprojekt, sondern es geht stark um den Wert des Fussballs. Wir wollen in den nächsten 15 Jahren fast 80 Millionen für Tribünen ausgeben, mit dem Wissen, dass dies aus rein finanzieller Sicht ein Minusgeschäft ist.

Von dem her wurde die Diskussion bei uns in der Fraktion intensiv geführt. Wir als GLP sehen den gesellschaftlichen Wert des Fussballs in Winterthur und die integrative Rolle des Fussballs. Dies gerade im Jugendbereich, im Frauenfussball und auch bei der Fankultur.

Die Rolle des Schweizer Fussballverbandes bei der ganzen Diskussion sehen wir kritisch, da gerade aus liberaler Sicht auch ein Bestandsschutz gilt und daher auch eine gewisse Flexibilität von Seite Schweizer Fussballverband wünschenswert wäre. Der Fussballverband fordert nun im Endeffekt ca. 80 Millionen in den nächsten 15 Jahren, die aus Winterthurer Steuergeldern bezahlt werden. Als Gegenleistung des Fussballverbands wird die erste Mannschaft von Winterthur nicht vom Spielbetrieb ausgeschlossen. Wir von der GLP würden es gerne sehen, wenn der Schweizer Fussballverband auch bei der Sicherheit so konsequent wäre und seinen Anteil beitragen würde.

Sicherheit wird leider auch beim Neubau des Stadions ein grosses Thema sein, da die Fan-
kultur immer stärker auch ein Gewaltproblem hat. Von daher ist dieser Aspekt auch in die
Planung einzubeziehen, damit Fussball auch in Zukunft in Winterthur ein Anlass für die ganze
Familie ist.

Das beim Stadion etwas gemacht werden muss, ist auch der GLP klar. Nur ist die Frage, in
welchem Umfang, da für die Stirntribünen Kosten zwischen 21 – 31 Millionen anfallen wer-
den. Die Planung darf daher kein Wunschkonzert sein und alle Ansprüche erfüllt werden.
Auch sind Nutzungen zu prüfen, welche aus finanzieller Sicht eine Rendite erwirtschaften.
Von daher werden wir dem Antrag der SVP zustimmen.

Wir sehen den Wert eines Stadions für die Stadt Winterthur. Der GLP ist es ein grosses An-
liegen, diesen Wert auch zu quantifizieren und aufzuzeigen. So soll geklärt sein, ob Mantel-
nutzungen möglich sind, was der FCW zu den Investitions- und Betriebskosten beiträgt und
wie die Bevölkerung profitiert. Wenn es zu einer Abstimmung des Baukredits kommt, können
wir von der GLP nur zustimmen, wenn wir nicht nur die Kosten kennen, sondern auch den
qualitativen und quantitativen Mehrwert der neuen Tribüne kennen.

Wir von der GLP stimmen dem Projektierungskredit zu.

A. Würzer (EVP): Wir befinden uns jetzt also offenbar in der Nachspielzeit eines Spiels des
FC Stadtrat gegen den FC Swiss Football League, das anstelle von 90 Minuten schon über
10 Jahre läuft. Gefühlt steht der FC Stadtrat seit eh und je mit mindestens einem Spieler
resp. einer Spielerin weniger auf dem Platz. Nach zahlreichen gelben Karten ist die Verunsie-
cherung in den Reihen des FC Stadtrat deutlich spürbar.

Wenn wir es schon von gelben Karten haben: Nicht ganz klar ist, wer da eigentlich der
Schiedsrichter ist. Ist es vielleicht der FC Swiss Football League selbst, der ja eigentlich auch
auf dem Platz steht? Das wäre aus unserer Sicht wohl ein bisschen problematisch.

Unklar ist auch der aktuelle Spielstand. Trotz offensichtlicher Überlegenheit scheint dem FC
Swiss Football League, abgesehen von einzelnen Nadelstichen, noch kein Treffer gelungen
zu sein. Auf der anderen Seite beklagt der FC Stadtrat die vielen Chancen, die alle ausgelas-
sen worden sind. Wer sie vorne nicht macht, bekommt sie hinten – hoffen wir es mal nicht.
Der FCW als Spielball wäre nämlich der grosse Verlierer.

Und was ist die Rolle des Stadtparlaments bei diesem Kick? «Fan» wäre wohl übertrieben,
aber immerhin interessierte Zuschauende? Zuschauende, welche die fixen Eintrittspreise zur
Kenntnis nehmen und sich langsam aber sicher fragen, wann das Spiel endlich abgepfiffen
wird?

Doch jetzt zum vorliegenden Projektierungskredit. Ich kann es vorwegnehmen: Wir von der
EVP-Fraktion werden dem Projektierungskredit zustimmen. Wir sind nicht glücklich damit,
dass wir innert so kurzer Frist einen Millionenbetrag für einen Projektierungskredit durchwin-
ken müssen, weil sonst dem FCW der Abstieg in die Promotion League droht. Und das auch
nur, damit irgendwelche Funktionäre bei der SFL über Weihnachten zufrieden sind. Auch der
Umfang des Projektierungskredits erscheint uns sehr hoch. Es ist ja bereits klar, dass der
Ausbau gemäss Projekt «das runde muss ins eckige» erfolgen wird. Allzu viel Spielraum er-
kennen wir hier also nicht mehr. Klar, das Raumprogramm muss unbedingt sorgfältig und
ganzheitlich erarbeitet werden und wir können auch nachvollziehen, dass der Projektierungs-
kredit vor diesem Hintergrund genügend hoch angesetzt wird, damit man nicht während der
Planungsphase dann plötzlich nicht mehr weiterarbeiten kann. Wir sind aber sehr zuversicht-
lich, dass dieser Kredit nicht voll ausgeschöpft werden muss und werden da auch ein Auge
draufhaben.

Nur Kritik zu platzieren ist aber bekanntlich auch nicht unsere Art. Wir anerkennen, dass der
heutige Stadtrat in seinem sehr eingegrenzten Handlungsspielraum eine optimale und ge-
samtheitliche Entwicklung dieser Parzelle anstrebt. Deshalb unterstützen wir das etappen-
weise Vorgehen und auch die Sicherstellung des laufenden Spielbetriebs. Wir sind auch der
Ansicht, dass die heutige Gegentribüne den Bedürfnissen sehr entspricht. Eine Erweiterung
des erfolgreichen Projekts auf die Stirntribünen ist für uns also die logische Konsequenz. Ei-
nen alternativen Ansatz, z.B. Abgabe der gesamten Parzelle im Baurecht, hätte man wohl

schon vor 15 Jahren prüfen und allenfalls auch beschliessen müssen. Dafür ist es jetzt zu spät.

Wie schon unsere EVP-Altgemeinderätin Lilian Banholzer in ihrem Votum vor 10 Jahren zum Investitionskredit für die Gegentribüne festgehalten hat, hätten wir uns auch dieses Mal eine verbindlichere Zusage vom FCW an der Kostenbeteiligung gewünscht. Da fordern wir so bald wie möglich verbindlichere Angaben. Diese müssen spätestens vorliegen, wenn der Stadtrat dem Parlament den Verpflichtungskredit beantragt.

Mit Blick auf die hohen Kosten für die Stadt, gerade auch im Kontext zur zweiten Ausbaustufe der Haupttribüne, werden auch wir dem Antrag der SVP zustimmen.

Abschliessend hoffen wir, dass der FC Stadtrat durch unseren heutigen voraussichtlichen Entscheid den Weg aus der Defensive in die Offensive wieder findet.

Dem FCW und allen, die sich in und für diesen Verein engagieren, danken wir an dieser Stelle herzlich.

Parlamentspräsident F. Helg: Von der SBK sind keine Wortmeldungen mehr bekannt, deshalb ist die Reihe nun an den BSKK-Mitgliedern. Das Wort hat Pascal Werner (SVP).

P.A. Werner (SVP): Ich danke zuerst Alex Würzer für die Präsentation dieses Geschäfts. Ich möchte gleich noch anfügen: Am Schluss hat etwas nicht ganz gestimmt. Von Seiten BSKK wurden nicht alle Fragen zufriedenstellend beantwortet. Wir haben darüber noch diskutiert, ich weiss nicht, wie er auf eine solche Aussage kommt.

Jetzt zum Projekt, das Geschäft 2024.80, die Projektierung des Ersatzneubaus Stirntribünen Stadion Schützenwiese. Wir haben schon einiges gehört heute Abend. Am Schluss stellt sich einfach die Frage: Was bekommen wir wirklich für diesen Betrag?

Wie wir schon gesagt haben in den Kommissionen: Vor allem in der ersten Lesung sind bestimmte Fragen von mir nicht zufriedenstellend beantwortet worden und man wurde vertröstet auf einen späteren Zeitpunkt.

Das Geschäft wurde ordentlich präsentiert, in beiden Kommissionen und in zwei Lesungen. Aber die ganze Führung, v.a. unter der zuständigen Stadträtin, war absolut keine Meisterleistung. Es war sehr unprofessionell, zeitlich hat man auch etwas verschlampt. Im letzten Jahr wurde wirklich nicht viel erreicht.

Die SVP verlangte in einer Kommission auch die Ausschaffung einer Minimalvariante. Dem wurde aber nicht Rechnung getragen. Das Departement verwies auch dort auf später – und aus diesem Grund stellt die SVP heute Abend den Zusatzantrag.

Der Winterthurer Profifussball um den FC Winterthur liegt uns sehr am Herzen – einfach damit das gesagt ist -, aber dass die Swiss Football League einen so enormen Druck macht, das kann es einfach nicht sein. Das ist ein ganz unseriöses, unfaires Spiel.

Wir sind auch nicht sicher, ob dem FCW die Lizenz für den Spielbetrieb in den obersten Ligen tatsächlich entzogen wird, wenn nicht alles sofort gemacht wird. Es gibt ganz viele andere Clubs, die vielleicht auch eine Liga tiefer spielen, deren Stadien noch viel fragwürdiger sind. Ich hätte da vier Beispiele: Brugglifeld vom FC Aarau (Baujahr 1924), Bellinzona (1948), Cornaredo (1951), Pontaise in Lausanne (1954). Und diese spielen ja auch noch ziemlich weit oben mit.

Zusammenfassend wird vom Verband ein derartiger Druck ausgeübt, dass das Parlament und die Stimmbevölkerung von Winterthur die Katze im Sack kaufen müssen.

Die SVP-Fraktion ist für die Unterstützung des Sportes in Winterthur. Das sieht man auch an unserer Haltung zum zweiten Hallenbad, über das wir am 24. November abstimmen. Und wir sind absolut dafür, dass der FCW auf der Schützenwiese eine bedarfsgerechte Spielstätte erhalten soll. Deshalb stimmt die SVP mehrheitlich dem Kredit zu - natürlich mit dem Zusatzantrag. Danke vielmals.

Th. Gschwind (SP): Ich spreche für beide Kommissionen, wenn das in Ordnung ist.

Der FC Winterthur ist eine Institution in dieser Stadt. Er ist der Club, in dem die besten Juniorinnen und Junioren aus unserer Region kicken. Er ist der Grund, weshalb unsere Stadt über

die Kantonsgrenze hinaus – auf eine sympathische Art und Weise – bekannt ist. Und er ist der Grund, weshalb 8'400 Menschen (gross und klein, jung und alt, gut gebildet und ungebildet) an einem Spieltag auf die Schützenwiese gehen. Wenn es Platz hätte, würden teilweise auch mehr als die 8'400 Menschen auf die Schützenwiese wollen. Die Schützi vereint unsere Stadt.

Und so sehr wir die Schützenwiese in ihrer aktuellen Form lieben, so sehr müssen wir aber auch anerkennen, dass sie mittlerweile schlicht und einfach eine Bruchbude ist. Eine Bruchbude hat auch etwas Nostalgisches und etwas Romantisches. Aber diese Romantik hört spätestens auf, wenn man realisiert, dass z.B. kleine Menschen im Sektor B schlicht und einfach gar nichts sehen. Diese Romantik hört auf, wenn man zum ersten Mal in eine Garderobe hineingeht. Diese Romantik hört auf, wenn man realisiert, dass die Haustechnik gefühlt auf dem Stand des 19. Jahrhunderts ist.

Und: Es ist eine Bruchbude, und das ist wichtig, die auf einem richtig, richtig, richtig guten Grundstück steht. Die Parzelle Schützenwiese kann man getrost – um es in der Stadtplanungssprache zu sagen – als «Filetstück» bezeichnen. Und dieses Filet sollte man wie ein Filet behandeln. Das heisst, man muss sich sehr, sehr gut überlegen, was man wie wann wo bauen will.

3.5 Millionen Franken ist sehr viel Geld. Es ist sehr, sehr viel Geld. Die SP ist sich dessen bewusst. Es ist uns in der BSKK aber auch verständlich erklärt worden, weshalb man so viel Geld braucht. Alex hat das Meiste vorhin gesagt: Man möchte die Schützi, das Filetstück, gut und richtig umbauen und muss dafür verschiedene neue Abklärungen machen. Kann man im Sektor D noch eine Garderobe unter der Tribüne bauen? Kann man vielleicht sogar Garderoben im B unterbringen? Hat es noch Platz für andere Räumlichkeiten? Und und und.

Und, geschätzte Anwesende: Was ist denn überhaupt die Alternative? Warten, bis eine Chinesin oder ein Araber kommt, den FCW kauft und der Stadt gratis ein Stadion hinstellt? Das wird nie passieren. Oder wie genau muss ich mir das vorstellen? Der Club gehört Winterthur und wenn wir das Stadion nicht renovieren, gibt es früher oder später einen Abstieg in die erste Liga Promotion. Dann haben wir einen unbedeutenden Fussballclub ohne Geld und damit auch keine Mieteinnahmen mehr. Dann haben wir eine Bruchbude auf einem Filetstück. Wir haben keine Alternative.

Der einzige Vorteil, den ein Besitzerwechsel des FCW haben könnte, wäre, dass sich die neuen Besitzer vielleicht auch für den Frauenfussball anständig einsetzen würden... Weil das aber nicht garantiert ist, ist die SP-Fraktion am heutigen Abend für den Projektierungskredit von 3.5 Millionen. Ohne den Ergänzungsantrag der SVP.

Die SP-Fraktion ist auch dafür, dass sich der FCW langfristig mit einem sehr namhaften Betrag am Stadionbau beteiligt. Und die SP-Fraktion ist auch dafür, dass in einem neuen Stadion die Herren- und Frauenmannschaften des FC Winterthur gleichberechtigt kicken dürfen. Danke vielmals und hopp FCW!

J. Praetorius (Grüne/AL): Mit dem Teilprojekt für den Ersatzneubau der Stirntribünen können wir den ersten Schritt für die Erneuerung des Stadions und damit auch den Lizenzvoraussetzungen für den FCW weiterhin Folge leisten. Klar sind wir nicht sehr erfreut darüber, dass wir praktisch von der Liga vorhergetrieben werden, wünschen uns aber trotzdem, dass mit diesen Entwicklungsschritten ein Austragungsort vom Spitzenfussball weiterhin profiliert werden kann. Wir möchten aber auch, dass mit der Entwicklung des Stadions der Spielraum – im wahrsten Sinne des Wortes – für andere Nutzende (z.B. das Team der Frauen und den Nachwuchs) gewährleistet werden kann. Es sollte kein exklusiver Ort nur für den Spitzenfussball sein.

Damit das so gemacht werden kann, müssen wir dem natürlich zustimmen. Und wir stimmen deshalb natürlich für den Projektierungskredit, ohne den Antrag der SVP, weil wir es unter dem zeitlichen Druck seitens der Liga nicht als sinnvoll erachten, mit Varianten zu arbeiten. Vielen Dank.

Stadträtin M. Blum: Danke, Alex Würzer, für die Vorstellung; danke für die Voten aus dem Parlament. Wir haben sehr viel über Liga-Vorgaben gehört, ein bisschen weniger über den Betrieb. Ich bin froh, sind diese Voten auch noch gekommen. Ich möchte es auch nochmals betonen: Das Stadion muss aus baulichen und betrieblichen Gründen erneuert werden. Auch aus reglementarischen, aber vor allem aus baulichen und betrieblichen Gründen. Das Stadion ist von 1957. Das ist ligaunabhängig. Das Stadion ist weder Super- noch Challenge League-tauglich. Es ist in unserem Besitz und wir haben die Verpflichtung, es zu sanieren. Wir haben es auch gehört und das ist dem Stadtrat ganz besonders wichtig: Das Stadion ist auf einer sehr wertvollen innerstädtischen Parzelle mit sehr vielen Nutzungen. Es ist uns sehr wichtig, dass wir das ganzheitlich anschauen. Und gleichzeitig macht ein etappiertes Vorgehen Sinn: Die erste Etappe, über die Sie heute sprechen und abstimmen, heisst «Ersatzneubau Stirntribünen» und damit soll die zeitnahe Erneuerung des Stadions sichergestellt werden. Es ist aber wichtig, dass wir weitere Nutzungen prüfen können, weil das nicht unabhängig ist vom zweiten Teil des Projekts, von der gesamtheitlichen Parzelle. Es ist uns wichtig, dass die Schützenwiese als grosses Ganzes gesehen und als Einheit betrachtet wird. Und das ist auch wichtig jetzt bei der Prüfung, was gegebenenfalls noch an weiteren Nutzungen unter den Stirntribünen untergebracht werden kann.

Zum Antrag der SVP: Wir können das Informations- und Mitwirkungsbedürfnis der Antragstellenden nachvollziehen. Und wir anerkennen auch, dass die Vorlage sehr spezielle Bedingungen hat, in diesem Fall eben kein abschliessend definiertes Raumprogramm. Wir müssen prüfen, welche zusätzlichen Nutzungen und Räume wir im ursprünglichen Projekt, auf dem das basiert, von 2010, wir noch aufnehmen können. Und genau das machen wir, um auch das weitere Projekt, in dem die Haupttribüne und auch die ganze Parzelle Schützenwiese drin ist, möglichst gut zu entlasten. Es ist wichtig, dass man immer das grosse Ganze im Blick hat und eigentlich immer beide Projekte, also das Bauprojekt für die Stirntribüne jetzt und aber auch die Gesamtparzelle, im Auge hat. Es geht nicht nur darum, was die Liga jetzt für die Stirntribünen vorschreibt, sondern uns ist wichtig, dass man die gesamte Parzelle im Auge behält.

Ja, zwei Varianten ausarbeiten bedeutet natürlich Aufwand und Zeit. Aber im Fokus steht jetzt, dass wir mit dieser dringend nötigen Sanierung, mit dem ersten Schritt, möglichst rasch beginnen können. Es ist uns allen wichtig, dass der FCW weiterhin seine Lizenz bekommt. Und ein Ja zu dieser Vorlage wäre ein sehr wichtiges Signal für uns und auch für den FCW, dass wir das Bauprojekt nun prioritär angehen können. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Damit kommen wir schon zur Abstimmung. Diese ist wie folgt vorgesehen: Es gibt eine erste Abstimmung, bei der wir über die Kreditbewilligung befinden gemäss dem Antrag des Stadtrats. Dann gibt es eine zweite Abstimmung, bei welcher der Antrag, wie er jetzt eingeblendet ist, also dass man das Raumprogramm vorgängig den Kommissionen nochmals zeigt, zur Abstimmung kommt. Und dann als dritte Abstimmung die Schlussabstimmung, falls die Vorlage dann eben mit diesem Antrag ergänzt wird, ob man dann dort Ja oder Nein stimmt.

Muss ich es nochmals wiederholen? Zuerst die Kreditbewilligung, dann der Antrag, wie er hier vorliegt, und als drittes die Schlussabstimmung über die Gesamtvorlage. Das ist so, wie wir es in der Vorbereitung in der Parlamentsleitung vorgesehen haben.

Das Wort hat Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (SVP): Unserer Meinung nach müsste zuerst über den Antrag der SVP abgestimmt werden, bevor wir entscheiden, ob wir den Planungskredit bewilligen. Für die SVP wäre die Zustimmung zum Antrag Voraussetzung zur Zustimmung zur Hauptvorlage.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir haben das kurz angeschaut, Marc Bernhard und ich. Es ist natürlich dann noch möglich, wenn der Zusatzantrag als zweite Abstimmung kommt, dass man nachher bei der Schlussabstimmung gesamthaft noch Nein stimmen könnte. Das ist an sich die Idee, deshalb gibt es eine Schlussabstimmung.

Jetzt ist alles schon so programmiert. Sonst müsste man zuerst den Ergänzungsantrag nehmen, dann die Kreditbewilligung und dann bräuchte es nachher keine Schlussabstimmung.

Ch. Hartmann (SVP): Wir weichen den technischen Zwängen.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke. Aber es sind nicht nur die technischen Zwänge. Ich denke, die Meinungsäusserung kann in jedem Fall sichergestellt werden, so dass man in Kenntnis davon, was vorher abgestimmt wurde, die Schlussabstimmung bestreiten kann. Ich komme deshalb zur 1. Abstimmung, der Kreditbewilligung.

A = Zustimmung, B = Ablehnung. Wie gesagt: Es gibt dann nachher noch die Schlussabstimmung, in Kenntnis des Ergebnisses des Zusatzantrags.

Abstimmungsergebnis: Der Vorlage ist mit 51:1 bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Die 2. Abstimmung ist der Ergänzungsantrag für eine neue Ziffer 2, wie er eingeblendet war.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Ergänzungsantrag ist mit 31:23 bei 0 Enthaltungen angenommen.

Folglich haben wir für die Schlussabstimmung eine zweiteilige Vorlage. Ziffer 1 die Kreditbewilligung, Ziffer 2 der Ergänzungsantrag, der angenommen wurde. Diese Vorlage steht jetzt in der Schlussabstimmung mit Ziffer 1 und 2.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung mit 53:1 bei 0 Enthaltungen.

Somit ist das Geschäft erledigt, besten Dank.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.47: Verpflichtungskredit von Fr. 2'706'000 für den Ersatzneubau der Quartieranlage Eichwäldli (Projekt-Nr. 13340)

Parlamentspräsident F. Helg: Die Reihen im Publikum lichten sich. Wir kommen zum Traktandum 4, Verpflichtungskredit von Fr. 2'706'000 für den Ersatzneubau der Quartieranlage Eichwäldli (Projekt-Nr. 13340). Der Referent der SBK ist Selim Gfeller.

S. Gfeller (SBK): Ich darf Ihnen im Namen der SBK den Verpflichtungskredit von 2.7 Millionen für den Ersatzneubau der Quartieranlage Eichwäldli präsentieren.

Obwohl ich jetzt vorhin schon ein flammendes Plädoyer halten durfte, mache ich das natürlich in einer sehr objektiven Sicht. Ich hoffe, das gelingt.

Der Situationsplan: Wir befinden uns im Norden der Stadt, neben der Frauenfelderstrasse, neben der Überbauung Eichwaldhof. Dort ist die Quartieranlage, sie ist im Bild rechts rot eingezeichnet.

Die Ausgangslage: Die Quartieranlage Eichwäldli weist von allen Quartieranlagen einen besonders hohen Sanierungsbedarf auf, deshalb ist das Projekt auch bei uns gelandet. Die Anlage ist mittlerweile 44jährig und in einem schlechten Zustand. Es gibt eine sehr starke Nachfrage und die Nutzung der Anlage ist äusserst beliebt. Es gibt in diesem Quartier ein sehr starkes Wachstum, u.a. auch mit dieser Überbauung, die gleich neben der Quartieranlage neu errichtet wird und doppelt so viele Personen beherbergt wie vorher.

In den umliegenden Quartieren gibt es auch mit 25% Kindern und Jugendlichen bei der Gesamtzahl der Bevölkerung einen sehr hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen. Und das Quartier weist einen besonderen Bedarf nach einer gut funktionierenden Quartieranlage auf. Ich danke Katharina Gander für die Bilder, die sie mir zur Verfügung gestellt hat.

Die Bestandesaufnahme dieser Anlage: Der Zugang zum Gebäude ist nicht durchgehend barrierefrei. Im mittleren Bild oben sieht man, dass der Zugang zum Keller relativ schwierig

ist; es hat auch Treppen. Das Gebäude ist mit seinem hohen Alter energetisch stark sanierungsbedürftig, es entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Die Kücheneinrichtung, das sieht man im mittleren Bild unten, ist alt und mittlerweile zu klein für die Bedürfnisse. Dazu gibt es zu kleine oder zu wenige WC-Anlagen. Die Aufenthaltsräume oder Säle sind zu klein für die grosse Nachfrage und wie in der Immobilienstrategie aufgezeigt, ist die Sanierung aufgrund ökologischer und ökonomischer Überlegungen nicht sinnvoll. Deshalb der Vorschlag eines Ersatzneubaus.

Der Bau, der vorliegt, ist ein funktionaler Bau, der flexibel genutzt werden kann. Man sieht auf der Westseite, also links, einen kleineren Teil mit einem Saal von ca. 40 m². Rundherum ein Eingangsbereich, Büro, ein Aussenlager und einen Technikraum. Im Ostteil, also im grösseren Teil, hat es eine Küche, einen grossen Saal für Theater und weitere Veranstaltungen, den man in der Mitte trennen kann; zudem Eingangsbereich, Lager und WC. Die beiden separaten Gemeinschaftsräume können unabhängig voneinander genutzt werden, es können also auch mehrere Veranstaltungen miteinander stattfinden, was auch eine grössere Flexibilität ermöglicht, je nach Nutzung, die vorgesehen ist.

In der Mitte gibt es einen überdachten Aussenbereich, der die beiden Teile miteinander verbindet. Das erweitert auch den Nutzungsbereich, indem man z.B. bei schlechtem Wetter nicht nur ganz drinnen sein muss, sondern trotzdem in diesem Zwischenbereich auch noch draussen sein kann.

Ein Thema in diesem Quartier ist auch, dass es ein soziodemografisch sehr herausforderndes Quartier ist. Es hat einen ausgewiesenen Bedarf nach diesem Angebot; wie schon gesagt wird es sehr rege genutzt. Das ganze Projekt ist in einem engen Kostenrahmen zustande gekommen, d.h. es wurde reduziert auf das Notwendigste. Z.B. hat man weniger WC-Anlagen eingeplant als ursprünglich vorgesehen, die Ausstattung der Küche vereinfacht, auf die Sanierung der Aussenbaracken verzichtet und Aufhebung der Unterkellerung, so dass es ebengeschossig ist. Das fördert zum einen, dass es automatisch barrierefrei wird; zum anderen ist eine Unterkellerung auch immer ein Kostenfaktor, weil das mit Wassereintritt etc. mehr Instandhaltung braucht.

Es ist eine Holzbauweise mit einer PV-Anlage auf dem Dach. Wichtig ist, dass im ganzen Projektprozess zur Ausarbeitung der Quartierverein und die Nutzenden sehr eng einbezogen wurden und ihre Wünsche und Bedürfnisse einbringen konnten. Und die Planung und Realisierung (nicht nur des Aussenraums, aber auch) läuft in enger Kooperation mit der Überbauung Eichwaldhof. Das ermöglicht z.B. die Nutzung von Synergien bei den Bauinstallationen, beim Einziehen der neuen Leitungen usw.

Zur Visualisierung, wie das in etwa aussehen kann: Wir sehen, es ist ein Holzbau, der in der Mitte die lichteinfallenden Zwischenbereiche hat mit einer offenen Dachkonstruktion, und eigentlich frei durchgängig ist. Sollte das Projekt angenommen werden, ist der Baubeginn geplant für anfangs 2026, mit einem Bezug im Frühling 2027.

Zu den Kosten: Die totalen Erstellungskosten liegen bei 2.68 Millionen, inklusive einer Stadtratsreserve von 134'000 Franken, was eine totale Bruttoinvestition von diesen 2.816 Millionen macht. Abzüglich dem bereits bewilligten und beanspruchten Projektierungskredit von 110'000 Franken sind wir bei den 2.706 Millionen.

Kapitalfolgekosten in den nächsten Jahren: Da haben wir den Abschreiber von 85'330 Franken und einen Kapitalzins von gut 21'000 Franken, was jährliche Nettoinvestitionsfolgekosten von 134'610 Franken macht.

Die Diskussion in der Kommission - wir haben einen Teil schon gehört: Was waren die grossen Themen? Unter anderem war das Thema die Abweichung von der Grobkostenschätzung in der Immo-Strategie gegenüber dem jetzt vorliegenden Projekt (ungefähr ein Delta von 700'000 Franken). Das ist zum einen die Bauteuerung, die mit 350'000 Franken ausgewiesen ist, und die Holzbauweise mit zusätzlich 250'000 Franken. Der Mehrwert, der uns bei der Holzbauweise aufgezeigt wurde, ist die grössere Nachhaltigkeit und dass sie im Unterhalt günstiger ist.

Die andere Frage war die mögliche Nutzung von Synergien, zum Beispiel mit dem nahegelegenen Zentrum am Buck oder dem Quartierraum in der Überbauung Eichwaldhof, der errichtet wird. Da wurde uns gesagt, dass das Zentrum am Buck der reformierten Kirche gehört. Es ist auch ein wichtiger Ort für die Quartierentwicklung, aber es hat eine andere Ausrichtung. Es ist kleinräumiger und es sind andere Angebote, die man dort wahrnehmen kann – es hat ein anderes Ziel als die Quartieranlage. Die beiden Angebote ergänzen sich sehr gut, aber sie sind nicht für denselben Zweck. Zum anderen gibt es den Quartierraum im Eichwaldhof, dieser ist aber für die Bewohnenden der Siedlung gedacht und nicht für externes Publikum. Dieser ist für ca. 30 Personen ausgelegt. Das hätte man vielleicht im privaten Gestaltungsplan als Bedingung aufnehmen müssen, wenn man das hätte öffnen wollen. Den Holzbau habe ich schon erwähnt, da wurde uns gesagt, das sei aufgrund der Nachhaltigkeit und in Linie mit der Strategie der Stadt. Das wäre meine Präsentation zum Eichwäldli gewesen, vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank für die Präsentation. Es wurden keine textlichen Anträge zu diesem Stadtratsantrag gemeldet. Wir steigen ein in die inhaltliche Diskussion. Die Reihe ist zuerst an den SBK-Mitgliedern. Gemeldet hat sich zuerst Romana Heuberger (FDP).

R. Heuberger (FDP): Vielen Dank, Selim, für die Präsentation. Die Präsentation hat gezeigt, dass die Unterlagen, die wir im Nachgang zur letzten SBK-Sitzung erhalten haben, eben doch relevant sind.

Am 30.09.2024 sagte Katharina Gander bei uns in der Kommission: «Die Anlage ist sanierungsbedürftig und man müsste herumdoktern.» Die Immobilienstrategie der Freizeitanlage Eichwäldli, aus dem Jahr 2019, die wir im Anschluss an die Sitzung vom 30. September 2024 zugestellt erhalten haben, sagt jedoch etwas anderes. Offenbar haben aber noch nicht alle diese Unterlagen studiert. In 18 bewerteten Punkten wird der bauliche Zustand der Freizeitanlage grün bewertet, spricht höchstens leicht schadhaft. Nur die Fassade, die Elektroinstallationen und die sanitären Anlagen werden bemängelt. Der finanzielle Aufwand, um diese zu ersetzen und die Anlage bis 2040 haltbar zu machen, wird von den Experten mit 250'000 Franken taxiert. Diese bauliche Bewertung entspricht eben nicht dem, was wir in der Kommission gehört haben – und deshalb haben wir auch den Antrag der GLP auf Absetzung unterstützt.

Im Budget 2024 war ein Betrag von 2.1 Millionen eingestellt. Jetzt haben wir eine Vorlage von 2.8 Millionen Franken, also plus 33%. Die Begründung ist die Bauteuerung und der Holzbau. Seit 2023 sind die Baupreise kaum noch gestiegen. Die Bauteuerung seit Corona beträgt maximal 15%. Und das ist keine Behauptung von mir, sondern der Wissenschaftler, der diese Zahlen berechnet, sitzt mir im Büro vis-à-vis. Es ist der Entscheid zum Holzbau, der dieses Gebäude massiv verteuert hat.

An der Tagung von der Stadt vom 6. September hat es geheissen, die bestehende Bausubstanz von Gebäuden solle möglichst erhalten bleiben. Ein Vertreter der Grünen forderte gar, dass es ein Abbruchmoratorium brauche. Hier im Eichwäldli haben wir ein Gebäude, das baulich in einem Zustand ist, den die Experten als gut deklarieren. Mit 250'000 Franken, ich habe es gesagt, hätte man es instand stellen können.

Dass sich das Quartier zusätzliche Räume wünscht, können wir durchaus nachvollziehen. Diese würden wir auch unterstützen, aber das würde nicht 2.6 Millionen Franken mehr kosten, wenn man die bestehenden Bauten ergänzen würde. Zumal auch aus unserer Sicht das Potenzial der Zusammenarbeit mit dem Eichwaldhof, der ja auch eine Quartieranlage baut, noch nicht ausgereizt ist. Dass das Quartier das Projekt begrüsst, verstehen wir natürlich. Wer sagt schon nein, wenn man mehr erhält, als man eigentlich realistisch erwarten durfte. Ein geschenkter Gaul – ja klar, man nimmt ihn dankend.

Und wenn wir - ohne Rücksicht auf andere Quartierprojekte oder ohne Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt – einfach so entscheiden könnten, dann würden wir ihnen dieses Geschenk sogar gönnen.

Im Eichwäldli wird aber mit der ganz grossen finanziellen Kelle angerührt. Und um es mal mit einem Bild aus der Musik zu sagen: Man bestellt einen Steinway-Flügel, obwohl man sich eigentlich nur ein E-Piano leisten kann.

Gleichzeitig jammert aber der Stadtrat, dass das Geld nicht reichen wird, um die in seiner Strategie festgelegten Sanierungen von insgesamt 10 Quartieranlagen für 10 Millionen in 10 Jahren umzusetzen. Ja, wenn man mit einzelnen Projekten so umgeht, dann darf man sich darüber nicht wundern und schon gar nicht darüber klagen. Mit dieser Anlage werden völlig falsche Erwartungen geschürt, auch für die bevorstehenden Sanierungen der weiteren Quartieranlagen.

Deshalb sagen wir zwar grundsätzlich Ja zur neuen Freizeitanlage Eichwäldli, aber Nein zu dieser Vorlage, damit das Geld auch noch reicht für die anderen 9 Quartieranlagen. Und die Quartiere, bei denen es wirklich dringenden Handlungsbedarf gibt, auch noch Geld zur Verfügung haben. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

M. Nater (GLP): Vielen Dank an Selim für die Vorstellung und auch an Romana für ihr Votum, das eigentlich das wiedergibt, weshalb wir den Absetzungsantrag gestellt haben.

Zum Stadtpräsidenten: Seine Aussage, dass die GLP gegen Holzbau ist, das ist schon ein bisschen weit hergeholt. Seine Aussage ist, dass Holzbau in diesem Fall einfach per se teurer wird. Und das ist nicht der Fall. Man kann intelligent und gut planen, auch mit Holz, ohne dass es zwingend teurer wird. Und von daher sehe ich da halt schon eine Differenzierung, dass wir sagen: Ja, Holzbau ja, aber es muss nicht zwingend teurer werden.

Von daher sind wir ein bisschen enttäuscht von dieser Aussage.

Wir haben gesagt, dass wir das Quartierzentrum unterstützen und entsprechend auch Ja dazu sagen. Wir sagen aber auch, dass die Kosten von 2.7 Millionen für zwei Gemeinschaftsräume, eine Küche und einige Nebenräume einfach hoch sind. Aber wir werden das unterstützen, weil wir nicht gegen das Quartierzentrum sind.

S. Gfeller (SP): Den Bericht, Romana, den Du erwähnst, die Bestandesanalyse, wurde 2017 erstellt. 2019 wurde dann die Auswertung dieses Zustands gemacht. D.h. die Substanz ist mittlerweile wieder 7 Jahre gealtert, das macht natürlich schon etwas aus.

Die Quartieranlage Eichwäldli ist eine wichtige städtische Infrastruktur, welche die Bevölkerung schätzt und rege nutzt. Es findet eine Vielzahl von Anlässen an diesem Ort statt: Das sind Theateraufführungen, das sind Konzerte, das sind Geburtstagspartys. Das aktuelle Gebäude ist einfach in die Jahre gekommen und entspricht nicht mehr diesen Anforderungen. Der geplante Neubau mit den zwei separat nutzbaren Teilen ist wichtig für dieses Quartier, so kann dieses wachsende Quartier auch endlich eine anständige Infrastruktur nutzen.

Es wäre ein fataler Entscheid, wenn man das Projekt jetzt versenken würde – aber ich bin froh, dass die GLP da zur Einsicht gekommen ist. Es entspricht einfach nicht mehr den Bedürfnissen, wenn man dies nicht neu baut. Es ist auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber all den Freiwilligen, die dort unbezahlte Arbeit leisten in ihrer Freizeit und so für eine Stärkung des sozialen Zusammenhalts sorgen. Und dass man da eine adäquate Infrastruktur haben sollte, ist für uns klar. Und wir finden nicht, dass es ein nice to have ist, sondern dass es ein must have ist – vor allem in einem solchen Quartier.

Wir danken für die Unterstützung.

St. Gubler (SVP): Zuerst einmal: Als ehemaliges Vorstandsmitglied des QV Eichwäldli bin ich natürlich klar dafür – so wie auch die SVP-Fraktion. Ich danke Selim für die Präsentation. Thomi hat vorhin von der Bruchbude gesprochen, ich würde das gleich übernehmen. Es ist auch eine Bruchbude. Wer schon einmal dort war und in den Keller gegangen ist - also ich muss den Kopf einziehen. WC-Anlagen haben wir knapp 3, nicht getrennt. Die Küche fällt fast auseinander.

Was ich damit sagen möchte: Das Eichwäldli ist der meistaktive Verein, QV, in Winterthur. Mit Jassen, Chlausabend für Senioren und Kinder, Seniorenkochen, Lotto, Eiersuchen an Ostern, Kerzenziehen (momentan im Keller mit der geringen Stehhöhe, für die Toilette muss

man noch oben gehen), Kinderbasteln, Racletteplausch usw. Man kann das auf der Homepage nachschauen. Die Anlage ist eine der meistgenutzten Anlagen, die wir haben in Winterthur. Jetzt kommt der Umbau vom Eichwaldhof, d.h. es gibt verschiedene Anpassungen, Wasser- und Abwasserleitungen müssen angepasst werden. Auch für diese Anlage, wo man das natürlich jetzt so verbinden kann, dass man eine saubere Sache hat und nicht mehr 3 x daran herumbasteln muss. Es ist eine Investition für Anwohnende. Wir haben gesehen, wie viele Kinder es dort hat. Auch viele ältere Leute. Während Corona hat man organisiert, dass für die älteren, betagten Leute eingekauft wurde. Das sind alles Dinge, die es gibt, weil es einen so guten Zusammenhalt gibt in diesem Quartier.

Die reformierte Kirche mit dem Zentrum am Buck hat ihre Aktivitäten ziemlich heruntergefahren. Sie hat z.B. keine Mittagessen mehr für ältere Leute. Das ist auch etwas, was der QV erfüllt.

Und deshalb bin ich mit Herzblut dahinter und habe das Gefühl, dass wir jetzt etwas sehr Gutes hinstellen können. Wie gesagt: Der Eichwaldhof wird umgebaut, man kann das gleich nutzen, damit wir in unserem Quartier dann wieder eine vernünftige Anlage zur Verfügung haben. Danke.

A. Würzer (EVP): Ich gebe es zu: Die EVP hat den GLP-Absetzungsantrag jetzt ohne die allerstärksten Emotionen mitunterstützt. Uns ging es hauptsächlich darum, dass die Quartieranlage als Projekt möglichst breite Unterstützung im Parlament erfährt und für alle Seiten sämtliche offenen Fragen geklärt sind. Wenn dafür eine erneute Behandlung in der Kommission und das auch ohne Zeitverzögerung für das Projekt gewünscht wird und möglich gewesen wäre, dann hätten wir dies so hingenommen. An unserer grundsätzlichen Haltung hätte das aber wohl kaum etwas geändert.

Wir sind ebenfalls klar der Meinung, dass die Quartieranlage Eichwäldli neu gebaut werden muss. Der Bedarf ist definitiv ausgewiesen, vielen Dank auch an Selim für die gute Präsentation. Die über 40jährige Quartieranlage Eichwäldli am Rande von Oberwinterthur ist veraltet, sie ist nicht mehr zweckmässig und zu klein für das stark wachsende Quartier. Sie soll durch zwei unterschiedlich grosse, zeitgemässe Gebäude ersetzt werden, die flexibel verschiedene Nutzungen zulassen. Das Projekt erscheint uns als solches nicht überdimensioniert, sondern eigentlich sehr zweckmässig.

Eine zweckmässige und doch anständige und attraktive Quartieranlage gerade in einem Gebiet mit soziodemografischen Herausforderungen und wenigen anderen Möglichkeiten, gerade auch für Kinder und Jugendliche, ihre Freizeit zu verbringen wie dort: Das sind aus unserer Sicht zwingende Investitionen. Das Geld muss aber auch noch für die weiteren, teils stark sanierungsbedürftigen Quartieranlagen in Winterthur reichen.

Die EVP-Fraktion wird dem Verpflichtungskredit von 2.706 Millionen Franken deshalb ebenfalls zustimmen.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Die Quartieranlage Eichwäldli ist 45 Jahre alt und sie wird rege genutzt. Der Nachfrage aus dem Quartier genügt diese Anlage schon länger nicht mehr. Deshalb sich der Stadtrat für einen Ersatzneubau entschieden, anstatt für eine Sanierung des bestehenden Gebäudes. In der Weisung sind diese Gründe aufgeführt und in der ersten Lesung der Stadtbaukommission wurden die entsprechenden Fragen beantwortet. In der SBK in der ersten Lesung weiter erklärt.

Für uns sind die Gründe des Stadtrats nachvollziehbar. Der Hauptgrund ist: Das Gebäude ist viel zu klein und mit nur einem Saal nicht flexibel nutzbar. Mit dem Ersatzneubau erhält das Quartier eine Anlage mit zwei Sälen, welche flexibel nutzbar sind, und welche der Quartierbevölkerung des 21. Jahrhunderts wieder bedarfsgerechtes Lokal zur Verfügung stellt.

Ja, die Anlage ist immer noch zu klein, auch wenn man die nachgelieferten Unterlagen liest. Und die Gesamtstrategie der Sanierungen der Quartieranlagen, die erwähnt wurde von Vorredner/-innen, dazu wurde uns ausgeführt, dass die grosse Mehrzahl der Quartieranlagen sa-

niert werden wird. Und wenn ich es richtig im Kopf habe, es bei zwei Quartieranlagen ein Ersatzneubau sein soll – eine davon ist das Eichwäldli. Wir wecken damit nicht weiteren Bedarf in den Quartieren, sondern wir folgen damit einer klar definierten Strategie des Stadtrats. Ich möchte noch etwas zu den Finanzen sagen: Der Ausführungskredit von 2.706 Millionen weicht tatsächlich ab von der Kostenschätzung von 2.128 Millionen, die in der Investitionsplanung eingestellt war und die im Projektierungskredit vorgelegt worden war. Das ist unschön. Und das wirft Fragen auf. Die Begründung dieser Mehrkosten in der Weisung und auch in der Kommission war tatsächlich dürftig. Allerdings: Die Genauigkeit dieser Schätzung im Projektierungskredit war +/- 25%, so wie man solche Kostenschätzungen macht in einem Projektierungskredit. Dies ergibt ein Kostenband von 1.596 Millionen bis 2.66 Millionen. Somit liegt der beantragte Kredit 46'000 Franken über dem oberen Band. Es ist nicht schön, dass es am oberen oder sogar über dem oberen Rand des Kostenbands ist – aber es ist nicht wesentlich über der Limite, die in der Projektierung gesetzt wurde. Wenn man jetzt noch anschaut, auf welcher Kostenschätzung dieser Projektierungskredit beruht, die 2.128 Millionen, dann sieht man, dass das eine Grobkostenschätzung vom Januar 2021 ist. Wenn man die Teuerung von Januar 2021 bis Februar 2024 anschaut, dann sind das 6.4%. Wenn man die 6.4% der Teuerung anschaut, dann sind die 46'000 Franken auch abgedeckt, die man über dem Kostenschätzungsband ist.

Ja, ich glaube, die Zuständigen hätten da sauberer begründen können, weshalb man über dem Projektierungskredit liegt. Es hätte weniger Fragen gegeben und es wäre mehr beantwortet gewesen, als einfach auf die Holzbauweise zu verweisen.

Abschliessend möchte ich doch noch erwähnen, dass man uns in der Stadtbaukommission auch ausgeführt hat, dass verschiedene Massnahmen ergriffen wurden, um die Kosten zu minimieren, als man sah, wie viele Kosten da auflaufen werden. Es ist also nicht so, dass man einfach einen Wunschzettel hatte und alles erfüllt hat, sondern man hat durchaus auch Sachen weggestrichen.

Aufgrund dessen kommt die Mitte/EDU-Fraktion in ihren Abwägungen zum Schluss, dass sie dem Kredit zustimmt.

J. Praetorius (Grüne/AL): Es wurde bereits gesagt, dass das Raumangebot den Anforderungen von heute nicht mehr entspricht. Dazu kommt auch, dass die neue Überbauung des Eichwaldhof noch eine grössere Nutzergruppe aus verschiedenen Altersgruppen mit sich führt. Dementsprechend müsste das Raumangebot auch vergrössert werden. Barrierefreiheit und energetische Anforderungen sind ja schon heute beeinträchtigt.

Wir empfehlen deshalb, einen Ersatzneubau in Betracht zu ziehen, der sich v.a. darauf fokussiert, den Bedürfnissen und Anforderungen mittel- und langfristig gerecht zu werden und eine nachhaltige Strategie darstellt.

Wir sehen, dass die Anlage schon über 40 Jahre alt ist, völlig veraltet und zu klein, vor allem in diesem sich stark entwickelnden Quartier, wo grössere soziodemografische Herausforderungen bestehen als im Rest der Stadt. Und gerade dort sind solche Freizeitanlagen sehr wichtig.

Der Quartierraum im Eichwaldhof ist ja nur für dessen Bewohnerinnen und Bewohner und die Freizeitanlage ist für das ganze Quartier. Die Synergie mit dem Eichwaldhof liegt ja schon im Aussenraum, mit den gleichen Landschaftsarchitekten und derselben Bauzeit.

Entscheidend für den Ersatzneubau ist das erweiterte Raumangebot. Die Baracke kann das schlicht nicht abdecken.

Die Fragen wurden wie gesagt in der SBK gestellt und beantwortet. Danke vielmals.

R. Heuberger (FDP): Nur schnell zu den Kosten, damit Ihr seht, was da für Kosten anfallen: Ein neues Mehrfamilienhaus mit 6 Wohnungen, das jetzt gerade gebaut wurde und auch noch Gewerberäume beinhaltet, wurde für 2.9 Millionen gebaut. Jetzt. Und wir bauen eine Quartieranlage für 2.8 Millionen.

Mit den Zahlenrechnungen, die Du gebracht hast, Andreas, kann man alles herbeireden und man kann alles begründen. Aber einfach, damit Ihr einmal seht, wie viel Geld wir für diese Anlage wirklich ausgeben.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich bedanke mich für das Vorstellen des Geschäfts, Selim Gfeller. Ich bedanke mich auch für die mehrheitlich guten Voten zu diesem Geschäft.

Ich meine, wir haben in unserer Strategie für die ganze Stadt, Winterthur 2040, gesagt, dass Quartiere in einer wachsenden Stadt enorm wichtig sind. Und wir brauchen in den einzelnen Quartieren für ein gutes Zusammenleben, für ein Funktionieren dieser Quartiere, gute Quartiervereine. Und diese brauchen gute Quartieranlagen. Es ist also sehr wichtig. Und wir haben deshalb, vor diesem Hintergrund, alle unsere Quartieranlagen überprüfen lassen. Und wir haben gesehen, was wir machen müssen. Das waren Fachleute, welche diese Untersuchungen gemacht haben. Und das bedeutete mehrheitlich Sanierungen – und in zwei Fällen Neubauten.

Jetzt haben wir im Eichwäldli die Situation, dass wir einen guten Quartierverein haben, und dieser braucht vor Ort eine Quartieranlage, die adäquat ist. Wir haben eine Grossüberbauung in Aussicht, mit der man Synergien nutzen kann. Das haben meine Leute auch bereits schon umgesetzt, haben schon Kontakte geknüpft. Wir haben dort schon Abmachungen, dass wir diese Synergien nutzen können. Und wir haben auch – und das ist mir wichtig – ganz viele Positionen überprüft, wo wir das Kostenkorsett bzw. diese Kosten noch weiter senken können. Wir gehen nicht in den Boden, wir haben auf eine Unterkellerung verzichtet, obwohl es vielleicht sinnvoll wäre; aber das ist kostentreibend und deshalb hat man das weggelassen. Die Anlage braucht Behindertengerechtigkeit und das sind wir ja auch Schritt für Schritt am Umsetzen.

Und ich danke natürlich Stefan für sein Votum. Es ist immer am besten, wenn einer aus dem Quartier, der im Vorstand war, noch 1:1 berichten kann, wie es denn wirklich ist.

Ja, es ist richtig: Wir haben während dem Prozess die Holzbauweise aufgenommen. Wir haben das lange diskutiert. Wir haben aber auch diese Zahlenrechnungen gemacht und sind zum Schluss gekommen, dass es das leiden mag, bei diesem nachhaltigen Baustoff, dass man mit Holz etwas macht. Und das setzen wir jetzt um. Ich denke, es ist eine Vorzeiganlage in dem Sinne, dass man sagen kann: Wir haben Kosteneinsparungen aufgenommen und wir haben etwas für das Quartier gemacht. Und unter dem Strich denke ich, dass es adäquat ist für das Eichwäldli, dass wir dort diese Anlage haben.

Partizipation wurde angetönt: Wir haben das zusammen mit dem Quartierverein gemacht. Wir haben sehr genau hingehört, was die Bedürfnisse sind. Wir haben nicht alles übernommen, es war kein Wunschkonzert. Aber wir konnten miteinander absprechen, was es denn wirklich braucht.

Der GLP möchte ich noch klar sagen: Ich habe nicht gesagt, Ihr seid gegen Holz. Ich sagte, ich sei irritiert, dass Ihr dieses Votum gehalten habt, weil es doch um Holz geht. Im Gegenteil: Das habe ich genau deshalb gesagt, weil ich eigentlich davon ausgehe, dass Ihr Holz als Baustoff unterstützt. Das muss ich also korrigieren, das habe ich nicht so gesagt.

Alles in allem würde es mich freuen, wenn man diese Anlage für das Quartier auf den Weg bringen kann. Es ist wirklich dringend nötig, das wurde mehrfach gesagt jetzt. Und deshalb bitte ich Euch, das zu unterstützen. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Somit können wir jetzt zur Abstimmung schreiten. Es ist ein Weisungsantrag über den Verpflichtungskredit, der zur Abstimmung steht, deshalb ist das Abstimmungsprozedere hier einfach.

A = Zustimmung, B = Ablehnung, C = Enthaltung.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 48:7 bei 0 Enthaltungen.

Dem Antrag ist zugestimmt und das Geschäft ist erledigt.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.12: Verpflichtungskredit von Fr. 6'600'000 für Sanierungs- und Umbauarbeiten der Liegenschaft Obertor 17 (Projekt-Nr. 33152)

und

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.13: Verpflichtungskredit von Fr. 9'606'000 für Sanierungs- und Umbauarbeiten der Liegenschaft Obertor 11/13 (Projekt-Nr. 33111)

Parlamentspräsident F. Helg: Traktandum 5 und 6, die Obertor-Vorlagen, werden wie eingangs erwähnt gemeinsam beraten. Der Referent Markus Nater wird diese Vorlagen vorstellen. Ich werde dann nachfragen, ob es noch weitere Anträge gibt. Von der Reihenfolge her wären dann primär die SBK-Mitglieder an der Reihe, dann die AK-Mitglieder von der Mitberichtskommission. Das Wort hat der Kommissionsreferent Markus Nater.

M. Nater (SBK): Es geht hier um zwei Verpflichtungskredite, der eine von 6.6 Millionen für das Obertor 17 und der andere von 9.606 Millionen für das Obertor 11/13.

Wir werden kurz das Vorgehen aufzeigen, die Kosten/Finanzierung, den Sanierungsumfang. Da sieht man die schönen Bilder. Man sieht links das Obertor 11/13 und rechts das Obertor 17. Bei dem Durchgang dort war früher der Eingang zum Polizeihauptquartier.

Bei der Ansicht von oben sieht man den Fortuna-Brunnen vom Obertor, der dem Bauprojekt entsprechend Glück bringt. Oben sieht man die alten Ansichten von Obertor 11/13 und 17.

Was dort speziell ist: Damals hatte es dort noch ein Trottoir und man sieht noch eine Strasse, die damals scheinbar noch für Autos freigegeben war. Und ich glaube, auch dort ist es eine gute Sache, dass man dort nicht mehr mit dem Auto durchfahren kann.

Und wenn man weitergeht, sieht man auch, wie es heute aussieht.

Die Zielsetzungen dieser Umnutzungen und Sanierungen: Das sind die Unterlagen, die ich von der Stadt bekommen habe. Und ich denke, ein Teil wurde von der Stadt eingebracht und ein Teil auch vom Parlament. Das Ziel war wirklich gemäss Beschluss des Stadtparlaments vom 29. August 2022, dass diese Liegenschaften Obertor 11/13 und 17 im städtischen Eigentum bleiben. Der Beschluss war auch günstiger Wohnraum und dazu kam dann auch die Kostenmiete.

Was auch klar ist, ist die Sicherung der Weiternutzung für mindestens die nächsten 30 Jahre. Das bedingt dann halt diese Totalsanierung.

Man will attraktive und zeitgemässe Mietflächen gestalten, das hat natürlich auch einen Kostenimpact, dessen muss man sich bewusst sein. Obwohl man das natürlich auch kostengünstig machen kann - die Frage ist, ob das so ausgeführt wurde.

Und wenn wir weitergehen: Die Instandsetzung muss die energetischen und denkmalpflegerischen Anforderungen erfüllen. Und was ganz wichtig ist: Dass man es in einem Umbau macht, also nicht irgendwie etappenweise vorgeht.

Und zu guter Letzt das harmonische Nebeneinander von alt und neu, das hier auch speziell ist, wo man ganz klar sagt: Der Altbau hat dabei Priorität.

Was wird alles gemacht? Der Rückbau der Installationen der Stadtpolizei, Schadstoffsanierung, Erdbebenertüchtigung. Das sind die Sachen, die man ohnehin machen muss. Dann der Innenausbau und natürlich auch die Wärmedämmungen, bessere Fenster, energetische Verbesserungen, die es einfach braucht, um die Energievorgaben zu erfüllen, die sich die Stadt Winterthur gesetzt hat.

Da noch speziell, dass man das Treppenhaus verlegt, damit man die Möglichkeit hat, einen Personenlift einzubauen.

Man sieht auch, dass die Ladenfläche vergrössert wird. Bisher hatte man 125 m² Ladenfläche und 580 m² Büroflächen. Das wird jetzt umgeändert in 247 m² Ladenfläche im EG und 1. UG und die Bürofläche wird vollständig in Wohneinheiten umgeändert.

Das Gebäude ist sehr gut mit dem Velo erreichbar und deshalb werden dort auch die entsprechenden Veloparkplätze installiert.

Zu den Kosten: Für die Planung wurden bisher 730'000 Franken eingesetzt. Da wird ein Anteil von 40% zulasten des Projekts Obertor zugewiesen, der Kredit ist da 9.606 Millionen.

Wie sieht das finanziell aus? Der aktuelle Buchwert ist jetzt 801'105 Franken. Das ist sicher nicht der Wert der Liegenschaft, aber das ist eben der Buchwert mit all den Abschreibungen, die gelaufen sind. Wenn man dann investiert, vor Abschreibung, haben wir ein überbewertetes Grundeigentum von 10.845 Millionen. Die Aussage ist, dass dann daraus wahrscheinlich ein überbewertetes Grundeigentum von ca. 3.58 Millionen resultiert.

Unten sieht man die Nettomietzinseinnahmen, die geplant sind. Da sieht man auch ein bisschen das Verhältnis zwischen Investitionen und Nettomietzinseinnahmen.

Die wertvermehrenden Investitionen entfallen hier, da die Mieten neu nach dem Prinzip der Bruttorendite unter der Berücksichtigung der Investitionskosten berechnet werden.

Das zum Obertor 11/13.

Zum Obertor 17: Neu ist das Raumprogramm, dass man dort Bürofläche von 720 m² hat.

Auch Veloparkplätze gibt es. Speziell ist da, dass man die Vermietung im Edellohnbau durchführen will und dass man einen Mieter sucht, der das auch entsprechend so mietet und dann den Innenausbau selbst macht. Angestrebt wird eine Vermietung an eine Mieterschaft, was seine Vorteile für den Mieter, aber auch für die Stadt Winterthur hat. Wenn das aber nicht möglich ist, gibt es auch Möglichkeiten, eine Aufteilung pro Geschoss vorzunehmen.

Auch beim Obertor 17 sind es eigentlich die gleichen Punkte, die man bei der Totalsanierung anfasst: Rückbau, Schadstoffsanierungen, Erdbebenertüchtigung (dass man dort die entsprechende Statik wiederherstellt), energetische Sanierungen, die Wiederherstellung der ursprünglichen Raumaufteilung und Grundausbau Büroflächen im Edellohnbau. Bei den Gewerken sieht man ein bisschen, was dort alles geplant ist.

Hier haben wir Kosten von 6.6 Millionen, +/- 10% mögliche Kostenabweichung. Hier auch nach dem Prinzip der Bruttorendite die Vermietung. Hier ist der Buchwert bei 1.8 Millionen, der neue Buchwert ist nachher 8.4 Millionen. Voraussichtliche Überbewertung dieses Grundeigentums ist nachher 4.039 Millionen. Hier sieht man auch die geplanten Mietzinseinnahmen pro Jahr, im Verhältnis zu den Investitionen, die man tätigt.

Und auch da hat man die wertvermehrenden Investitionen nicht mehr aufgeführt, da das nach der Bruttorendite berechnet wurde.

Es gab dann Fragen und auch zwei Anträge. Man hat geändert von der Kostenmiete zur Bruttorendite. Was ist der Hintergrund? Das Ziel der SBK und auch der AK war, mehr Spielraum für die Stadt Winterthur zu ermöglichen bei der Festlegung der Mieten, aber auch die Sicherstellung, dass eine angemessene Miete erzielt werden kann auf diese Investition, die getätigt worden ist. Darunter kurz begründet von der Stadt Winterthur zum Prinzip Kostenmiete und Bruttorendite.

Zur Berichtsvorgabe: Die Mehrheit in der SBK und der AK ist der Meinung, dass nach Beendigung des Projekts die zuständige Kommission detailliert über die Investitionsausgaben und die Rendite informiert wird.

Jetzt sind wir schon bei den entsprechenden Anträgen. Grundsätzlich sind die Anträge bei Obertor 11/13 und Obertor 17 mit den gleichen Mehrheiten angenommen worden. Die Verpflichtungskredite mit 9:0; dass eine angemessene Rendite erzielt und von daher auf Bruttomiete geändert wird ebenfalls mit 9:0 angenommen; dass ein Bericht erstellt wird mit 6:3; und wenn man sich für die Bruttorendite ausspricht, dass der Beschluss vom 29. August 2022 entsprechend angepasst und der Beschluss zur Kostenmiete aufgehoben wird, das wurde auch mit 9:0 angenommen.

Beim Mitbericht in der AK war die Zustimmung 9:2 und die Zustimmung zu den Anträgen in der SBK war 8:1. Und es war bei beiden Geschäften das gleiche Verhältnis.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Markus Nater.

Ich schaue auf die Uhr und wenn ich daran denke, dass in der Nachtessenspause noch eine Sitzung eines parlamentarischen Gremiums stattfindet, dann schliesse ich diese Sitzung an dieser Stelle. Dann ist die Diskussion nachher nicht zerstückelt.

Wir treffen uns um 20.00 Uhr zur Abendsitzung.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir fahren weiter mit der Abendsitzung. Zuerst behandeln wir die beiden Geschäfte mit den Obertor-Vorlagen fertig und gehen dann im Anschluss über zum verschobenen Wahlgeschäft für das Erste Vizepräsidium.

Bei den Obertor-Vorlagen hatten wir den Einstieg mit dem Kommissionsreferenten Markus Nater, so dass es jetzt weiter geht mit der Diskussion. Zuerst haben die SBK-Mitglieder das Wort, dann die AK-Mitglieder (die AK hat da einen Mitbericht gemacht). Zuerst hat sich Romana Heuberger (FDP) gemeldet.

R. Heuberger (FDP): Die FDP unterstützt die Änderungsanträge der SBK. Die FDP unterstützt sie deshalb, weil die Änderung von «Kostenmiete» zu «Bruttomiete» dem Umstand Rechnung trägt, dass die Kosten für den Umbau mit insgesamt 16 Millionen Franken (oder vielleicht sogar noch ein bisschen mehr) eigentlich viel zu hoch sind. Mit dem Antrag kann die finanzielle Belastung der Stadt reduziert werden. Die notwendigen Abschreibungen über die laufende Rechnung werden auch einiges tiefer.

Wir sagen mit dieser Anpassung bzw. Änderung der Vorlage auch Ja zum Obertor 17. Dem Kredit zur Sanierung des Gebäudes Obertor 17 werden wir zustimmen. Das Gebäude hat aus unserer Sicht einen erhaltenswerten Charakter. Die künftigen Büromieten werden zwar hoch sein, übrigens egal ob mit Kostenmiete oder Bruttomiete, aber an dieser Lage dürfte eine Vermietung möglich sein.

Wir haben dann lange damit gehadert, ob wir zum Obertor 11/13 Ja sagen, weil wir ja mit den 5 Anträgen in der SBK einen Kompromiss haben. Aber diese Kröte war uns dann ehrlicherweise doch zu gross. Die Vorlage Obertor 11/13 werden wir ablehnen. Dies aus drei Gründen:

1. Die Häuser 11/13 wurden 1969 total ausgehöhlt, befinden sich also längst nicht mehr im Originalzustand. Deshalb ist es auch nicht nachvollziehbar, weshalb die Anforderungen des Denkmalschutzes die Kosten für den Umbau offenbar so stark in die Höhe treiben sollen.
2. Die Häuser werden bereits zum zweiten Mal total ausgehöhlt - das ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll.
3. Für 10 Millionen Franken sollen sieben 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen und ein Ladenlokal gebaut werden. Der bisherige Ladenmieter wird gemäss seiner eigenen Aussage nicht mehr in das Gebäude zurückkehren, da der neue Raum seinen Bedürfnissen offenbar nicht mehr entspricht. Also werden wir 243 m² Ladenlokal umbauen, mit einem grossen Risiko, dass wir dieses in Zukunft überhaupt nicht vermieten können. Die leerstehenden Ladenlokale werden in nächster Zeit deutlich zunehmen.

Mit den beiden städtischen Obertor-Projekten wird teurer Wohn- und Gewerberaum geschaffen, bei den Häusern 11 und 13 übertriebener Denkmalschutz betrieben und die ganze Bevölkerung muss mitfinanzieren.

Aus Sicht der FDP-Fraktion werden die knappen finanziellen Mittel der Stadt auch hier einmal mehr völlig falsch eingesetzt. Man stelle sich vor, wie viel tatsächlich günstigen Wohn- und Gewerberaum man an einer anderen Lage mit diesem Geld hätte schaffen können, das hier eingesetzt wird.

Deshalb sagen wir Ja zum Obertor 17, aber Nein zum Obertor 11 und 13. Vielen Dank.

B. Zäch (SP): Die beiden Projekte, über die wir heute beschliessen, sind die erste Umsetzung eines längeren Prozesses zur Umnutzung des Obertor-Areals, das seit 1969 von der Polizei genutzt – und man darf ruhig auch sagen – zum Teil auch «zernutzt» worden ist. Es ist auch ein parlamentarischer Auftrag, dieses Kerngebiet in der nördlichen Altstadt so zu entwickeln, dass eine vielfältige Nutzung möglich wird. Nach der Ablehnung eines öffentlichen Gestaltungsplans durch den Kanton wird diese Entwicklung jetzt in Teilprojekten stattfinden. Wir beschliessen heute das erste dieser Projekte.

Es handelt sich um zwei Liegenschaften, die durch die langjährige Nutzung besonders stark verändert und den Bedürfnissen der Polizei angepasst wurden, durchaus nicht nur im Sinn der überlieferten Bausubstanz. Deshalb sind die Eingriffe, die nun nötig werden, zum grossen Teil massive Rückbauten, die im Fall von Obertor 17 überhaupt wieder die Qualität des Hauses sichtbar machen sollen. Das hat Auswirkungen auf die Kosten, und zwar ganz starke Auswirkungen, und macht die beiden Projekte auch sonst ziemlich komplex.

Die beiden Umbauprojekte Obertor 11/13 und 17 sind aufgrund der komplexen Rahmenbedingungen, die zum Teil mit zusätzlichen Vorgaben für öffentlich-rechtliche Bauträger zu tun haben, nicht geeignet, im Sinne einer Kostenmiete vermietet zu werden. Im Mitberichtsverfahren hat die AK daher das Prinzip der «Marktmiete» beantragt, um eine angemessene Rendite zu erzielen. Das macht die Sache aber nicht besser, sondern verschlechtert sie eher noch, denn der Begriff «Marktmiete» wird zwar im Immobilienbereich verwendet, kennt aber, im Gegensatz zur Kostenmiete, keine Begrenzung nach oben, was dem parlamentarischen Auftrag von 2022 für die beiden Projekte in keiner Weise entspricht. Die AK hat diesen Antrag übrigens auch so in die SBK gebracht.

Deshalb ist bei der Schlussbehandlung in der SBK als der federführenden Sachkommission ein Änderungsantrag entstanden, der das Prinzip der «Bruttorendite» für diese Vermietungen festsetzt. Der Begriff der «Bruttorendite» ist, im Gegensatz zur Marktmiete, auch gerichtsfest und begrenzt vor allem die Rendite nach oben klar, denn sie darf nicht höher als der Referenzzinssatz +2 % sein. Diesem Antrag schliessen wir uns deshalb an. Für uns ist aber auch zentral, dass alle Liegenschaften im Eigentum der Stadt verbleiben.

Die SP-Fraktion stimmt insgesamt beiden Vorlagen zu.

Eine Bemerkung noch zu Romana Heuberger: Es wundert mich ein bisschen, dass sie gerade auf die Obergasse-Häuser 11/13 zielt, was die Denkmalpflege betrifft. Das denkmalpflegerisch schwierige Objekt ist wenn schon die Obergasse 17 – und diese war in der SBK völlig unbestritten. Die Häuser 11 und 13 haben einen Fassadenschutz, das ist ein relativ geringer denkmalpflegerischer Eingriff. Das Problem dieser beiden Häuser ist ganz anderswo: Man hat sie derart stark umgenutzt, dass es dort zu einem besonders grossen Rückbau kommt. Den Zusatzantrag der AK betreffend Kontrolle und Berichterstattung finden wir zwar eine unnötige Übersteuerung – die zuständige Sachkommission kann nämlich jederzeit ohne zusätzliche Festlegung Zwischenberichte verlangen –, wir stellen aber keinen Ablehnungsantrag.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion hat schon immer gewarnt, die Stadt solle nicht die Rolle einer Immobilienfirma übernehmen. Es ist nicht Aufgabe der Stadt, Wohn- und Gewerberaum zu erstellen und zu vermieten. Die Rolle der Stadt wäre es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass private Investorinnen und Investoren Wohn- und Gewerberaum erstellen und dann auch zur Verfügung stellen können. Die Stadt kann in diesem Prozess die Rahmenbedingungen so setzen, dass auch günstiger Wohn- und Gewerberaum entstehen kann. Insofern waren wir immer der Meinung, die Stadt hätte die Obertor-Liegenschaften, als sie sie selbst nicht mehr brauchte, verkaufen oder zumindest im Baurecht abgeben sollen. Allerdings akzeptieren wir die Beschlüsse, welche das Stadtparlament in dieser Sache bereits gefällt hat, und akzeptieren, dass das nicht mehr gewünscht ist. Obwohl die vorliegenden Sanierungsprojekte mit Unsicherheiten behaftet sind, ob sich Mieter oder Mieterinnen zu den zu erwartenden Mieten finden lassen, wird sich zeigen müssen. Es besteht diesbezüglich ein nicht unerhebliches Risiko.

Mit den ursprünglich angestrebten Mietzinsen am Obertor 17 würden über 30 Jahre Mieteinnahmen von 6.98 Millionen erzielt, bei Investitionen von 6.6 Millionen. Dieser Mietertrag lässt

neben den Investitionskosten jährlich noch 12'600 Franken zur Deckung der allgemeinen Betriebs- und Unterhaltskosten zu, welche mit der Liegenschaft anfallen werden. Ein kostendeckender Betrieb wäre damit nicht möglich.

Beim Obertor 11/13 sieht es noch schlechter aus. Mit den ursprünglich angestrebten Mietzinsen am Obertor 11/13 würden über 30 Jahre Mietzinseinnahmen von 8.3 Millionen erzielt bei Investitionen von 9.6 Millionen. Das heisst, dass mit dem ursprünglich verlangten Prinzip der Kostenmiete über 30 Jahre die Investitionen nicht erwirtschaftet würden. Es würde draufgelegt. Dies geht für die Mitte/EDU-Fraktion nicht auf.

Zu den Bauprojekten selbst gäbe es viele kritische Fragen. Wird hier allenfalls zu viel Unnötiges hineingepackt? Braucht es wirklich diese Balkone? Braucht es wirklich einen Lift? Wir erwarten, dass die Projekte nochmals auf Möglichkeiten zur Reduktion überprüft werden, dass die Baukosten gesenkt werden. Dies ist für uns im Antrag auf eine enge Kostenkontrolle enthalten. Tiefere Baukosten lassen auch tiefere Mietzinsen zu.

Bei diesen beiden Projekten zeigt sich, dass in der Altstadt in einem alten Gebäude mit den Auflagen von Denkmalpflege und weiteren baurechtlichen Bestimmungen die Erstellung von günstigem Wohn- und Gewerberaum nicht möglich ist. Das Obertor ist schlicht und einfach der falsche Ort und die falsche Liegenschaft für dieses Anliegen. Es kann aber nicht sein, dass die Stadt dank dem ursprünglich verlangten Konzept der Kostenmiete ungenügende Erträge hat und so die Mietenden subventioniert. Es ist deshalb wichtig und richtig, dass die Kommission die Bestimmung zur Festsetzung des Anfangsmietzinses in Anträgen neu definiert. Eine angemessene Rendite muss möglich sein. Es geht nicht darum, dass sich die Stadt bereichert, aber sie soll mit den Liegenschaften zumindest den effektiven Aufwand abdecken können. Ebenso wichtig ist es, dass eine angemessene Rendite mit einer oberen Limite begrenzt ist. Persönlich bin ich froh, dass sich die Kommissionen auf den Begriff «Bruttorendite» einigen konnten. Ich möchte dazu nicht mehr ausführen, was das bedeutet, Benedikt hat das schon gesagt. Und es ist wichtig und richtig, dass man mit diesem Begriff nach oben begrenzt. Es ist dann allen Beteiligten klar, was gemeint ist. So soll gewährleistet werden, dass die Stadt durch die Vermietung dieser Liegenschaften nicht draufzahlt, aber auch nicht überbordert.

Die Mitte/EDU-Fraktion stimmt den Kreditanträgen mit allen Ergänzungsanträgen zu.

M. Nater (GLP): Ich bin neu in der SBK und daher habe ich bei diesem Geschäft Obertor und auch die Entwicklung nicht alles mitbekommen. Was ich aber ganz klar verstanden habe, das war der Auftrag des Parlamentes 2022, günstigen Wohnraum sicherzustellen.

Hier verstehe ich das linke Lager und den Stadtrat nicht. Es gibt eine einfache Gleichung: Wenn viel investiert wird, dann ist die Miete nachher auch entsprechend hoch. Der Stadtrat hat sich da bewusst für hohe Investitionen entschieden, was von der linken Seite wissend zur Kenntnis genommen worden ist. Daher gibt es bei beiden Projekten auch einen hohen Anteil an wertvermehrenden Investitionen.

Wenn das Ziel jedoch günstiger Wohnraum ist, dann muss auch entsprechend saniert werden. Das heisst auch, dass man keinen Luxus einbaut (wie Lifte) und die entsprechenden Materialien verwendet, sondern sich vorgängig überlegt, wo die Obergrenze bei den Investitionen ist, um günstigen Wohnraum sicherzustellen.

Daher: Ob Kostenmiete oder Bruttorendite, günstiger Wohnraum am Obertor ist nicht mehr möglich, da die Investitionskosten für die Sanierung einfach zu hoch sind.

Mit diesem Hintergrund ist auch klar, dass die Mehrheit in der Kommission will, dass dieses Geschäft nach Projektabschluss noch einmal aufgezeigt wird, damit der Umgang mit Steuergeldern dargelegt wird. Und vielleicht findet man dabei auch Erkenntnisse für die Zukunft, wie man wirklich günstigen Wohnraum sicherstellen kann.

Wir sagen Ja zu den beiden Krediten und auch zu den Anträgen der AK und SBK.

F. Kramer-Schwob (EVP): Die Obertor-Liegenschaften haben ohne Zweifel Potenzial: Mitten in der Altstadt, schön gelegen, zumindest die Nummer 17 auch im heutigen Innenausbau vielversprechend.

Es wurde in den Beratungen klar, dass die beiden Gebäude grossen Investitionsbedarf haben, die Nummer 11/13 noch mehr als die Nummer 17. Die Stadt hat dafür mit grossem Engagement Projekte ausgearbeitet. Die Kosten dafür sind beachtlich. Wir begrüssen deshalb ausdrücklich, dass mit dem Lösungsvorschlag der SBK der Abschreiber um mehr als eine Million reduziert werden kann und eine langfristig aus unserer Sicht bessere Lösung gefunden wurde für das Finanzvermögen der Stadt.

Bei der Umsetzung der Vorlage ist uns wichtig, dass die Wohnungen (v.a. im 11/13, wo es Wohnungen gibt) vermietbar sind, die Stadt sich natürlich jederzeit als vorbildliche Vermieterin zeigt, dass die Stadt beim Umbau auf eine enge Kostenkontrolle achtet, auf unnötige Luxuslösungen verzichtet und gut verhandelt.

Wir glauben, dass wir für das Obertor mit dieser Lösung eine gute Lösung gefunden haben und unterstützen deshalb den Gesamtkredit und auch die SBK-Anträge.

Wir sind ein bisschen irritiert, wenn die FDP von einem Kompromiss spricht und am Schluss – in letzter Minute, relativ unangekündigt aus meiner Sicht – Nein dazu sagt. Und wir sind auch ein bisschen irritiert, wenn im Mitbericht der AK steht, dass die Zustimmung zu den SBK-Anträgen 9:2 ist – und dann plötzlich aus Kommissionsverhandlungen Sachen zitiert werden.

Ch. Hartmann (SVP): Die Geschichte der Überlegungen zur Sanierung der Obertor-Liegenschaften hat einen langen Bart. Ich erspare Euch das, es wurde verschiedentlich schon ange-tönt.

Es ist mehr eine grundsätzliche Frage.

Die Vorlagen, vor allem diejenige zur Wohnliegenschaft, zeigen beispielhaft, an was linke Wohnbaupolitik krankt:

- Zuerst wird günstiger Wohnraum gefordert, weil die bösen Spekulanten für die teuren Wohnungen verantwortlich seien.
- Dann werden auf Bundes-, Kantons- und Stadt-Ebene «grüne» Gebäudestandards mit High-Tech-Installationen erzwungen, damit Null-Energie-Gold-Standards erreicht werden können.
- Schliesslich scheitern dann günstige Wohnungen genau an diesen Vorschriften. Weil sie die Kosten zum Explodieren bringen.
- Und dann ruft man lauthals nach dem Staat. Herzlich willkommen bei «Wohnen für alle».

Wir haben heute höchstes Qualitätsniveau beim Wohnen, geben ein Heizungssystem vor und erzwingen die Barrierefreiheit für jede einzelne Wohnung. So braucht es dann den vielzitierten Lift – und das in einem Altstadtthaus. Das kostet viel Geld. Die Maximalrendite ist schon lange über den Referenzzinssatz begrenzt. Es sind die linken «Luxus»-Gesetze, die das Wohnen unerschwinglich machen.

Die SVP wird den Kreditanträgen auf der Basis der Änderungsanträge der Kommissionen zustimmen.

Wir haben uns diesen Entscheid nicht leicht gemacht. Die ursprüngliche Weisung des Stadtrates wäre auf eine noch massivere Subvention von Wohnungen an bester Lage hinausge-laufen. Wenn man günstigen Wohnraum schaffen will, so muss man das vielleicht nicht unbe-dingt am Obertor machen. Beahlt worden wäre es durch eine Stadt, deren Kassen leer sind. Wenn dieser Antrag durchkommen würden, dann würden wir das mit einem Referendum be-kämpfen. Ich glaube, wir haben das Volk auf unserer Seite.

Der Nachteil einer Referendumsabstimmung wäre, dass die Liegenschaften weiter leer ste-hen würden. Leerstand bedeutet nicht nur einen Einnahmenverlust. Leerstand bedeutet – ge-rade in Winterthur – auch das Risiko von Hausbesetzungen. Die Sicherungsmassnahmen zur Abwehr von Wohnchaoten ein Vermögen gekostet. Deshalb stimmen wir zu.

Die SVP dankt der Bau- und der Aufsichtskommission für ihre Änderungsanträge. Sie ermög-lichen uns die Zustimmung zu einem Ende des Planungstrauerspiels Obertor. Danke.

J. Praetorius (Grüne/AL): Ich möchte eigentlich nur noch anfügen, dass es uns von den Grünen auch wichtig ist, dass die Liegenschaften im städtischen Besitz bleiben und daher

schon ein Mindestmass an Wirtschaftlichkeit vorliegen sollte. Wir begrüssen dementsprechend den Ansatz mit der Bruttorendite anstatt der Kostenmiete sehr. Jedoch sehen wir keinen Drang, einen Bericht in die Weisung niederzuschreiben, da die AK sowieso immer einen Bericht verlangen kann. Vielen Dank.

Stadtrat K. Bopp: Seit klar war, dass die Polizei auszieht, gab es sehr viele Ideen, was am Obertor alles passieren könnte oder sollte. Es hat eine lange Geschichte: Es gab Initiativen, es gab Parlamentsbeschlüsse, Initiativen wurden wieder zurückgezogen. Und das Ganze auf sehr vielen unterschiedlichen Parzellen.

Heute sprechen wir - wie das von Markus Nater sehr gut vorgestellt wurde, vielen Dank an dieser Stelle! - über die beiden Liegenschaften links und rechts vom Eingang zum ehemaligen Polizeihof. Bezüglich dieser beiden Liegenschaften hat das Parlament einen klaren Auftrag gegeben mit einem Beschluss: 1. sollen die beiden Liegenschaften im städtischen Eigentum verbleiben, 2. sollen sie zu Kostenmiete vermietet werden und 3. soll es im Obertor 17 Büroräumlichkeiten geben und im Obertor 11/13 im EG Gewerbenutzung und in den Obergeschossen soll bezahlbarer Wohnraum ermöglicht werden.

Was man auch wissen muss über diese beiden Liegenschaften: Das Obertor 11/13 wurde 1969 zu Büroräumlichkeiten umfunktioniert (also schon vor langer Zeit) und das Obertor 17 wurde bereits seit 1917 von der Stadtpolizei genutzt (also eine sehr lange Zeit, über 100 Jahre).

Jetzt weiss man schon relativ lange, dass die Stadtpolizei dort auszieht bzw. mittlerweile ausgezogen ist. D.h. man hat in der letzten Zeit auch nicht mehr wahnsinnig viel gemacht. Und das Gebäude ist ausgelegt auf eine polizeiliche Nutzung nach so langer Zeit.

Auch wir hätten uns tiefere Investitionskosten gewünscht, nicht zuletzt auch deshalb, damit die Kostenmiete möglichst tief zu liegen kommt - aber natürlich auch für die städtischen Finanzen. Die Umstände, die ich jetzt erläutert habe, erfordern aber umfassende Eingriffe. Wir haben das projiziert, was auf der einen Seite notwendig ist, und das, was auf der anderen Seite die Vermietbarkeit erhöht und dadurch unser Kosten/Nutzen-Verhältnis positiv beeinflusst.

Ich mache ein Beispiel: Sie wollen jetzt einerseits, dass wir möglichst hohe Mieten erzielen, wollen aber andererseits, dass wir die Liftanlage und Balkone streichen. Das widerspricht sich. Und um es einfach nochmals zu sagen: Die Liftanlage kostet insgesamt ca. 150'000 Franken. Das sind die geschätzten Mehrkosten, die durch diese Liftanlage entstehen. Einfach, damit man die Relationen ein bisschen sieht. Wir haben Dinge drin, die man nicht zwingend machen muss - aber nur dann, wenn wir der Überzeugung sind, dass sich das positiv auf die Vermietbarkeit und am Schluss auch auf unsere Rendite auswirken wird.

Dem Stadtrat ist es wahnsinnig wichtig, dass dort jetzt etwas passiert. Wir haben ein gutes Projekt, davon sind wir überzeugt. Die Änderungsanträge, die von den Kommissionen gekommen sind, ermöglichen es uns immer noch, dass wir das gute Projekt umsetzen können. Und deshalb werden wir darauf verzichten, an unserem Antrag festzuhalten. Wir empfehlen in der Folge, dass dem Kommissionsantrag gefolgt wird.

Wir werden den Auftrag ernstnehmen, der jetzt noch in den Kommissionen formuliert wurde. Wir werden eine konsequente Kostenkontrolle und eine Prüfung des Projekts sicherstellen - und natürlich auch zu möglichst vorteilhaften Mietzinsen vermieten, so wie das jetzt formuliert ist.

Lehnen Sie eines dieser Projekte ab, so brauchen wir erstens Klarheit darüber, was Sie denn wollen. Denn das Projekt, das wir heute haben, ist aus einem klaren Auftrag des Parlaments entstanden. Mindestens einen so klaren Auftrag müssten wir wieder haben: Was soll dort passieren? Und zweitens produzieren Sie, das müssen Sie auch wissen, erhebliche Mehrkosten, einerseits durch die Neuprojektierung und andererseits wegen Mindererträgen durch Mietausfälle. Das wird sich beides sicher nicht positiv auf die zu erwartende Rendite, die heute mit über 3% kalkuliert ist, auswirken. Wir kennen die effektive Rendite, die wir erzielen können, noch nicht; das wissen wir erst bei der Neuvermietung. Aber wie das auch von der

Kommission gefordert wird, werden wir darüber gerne informieren, wenn wir die Erstvermietung vollziehen konnten.

Sind Sie dafür, dass am Obertor etwas entsteht? Sind Sie dafür, dass wir effiziente Verwaltungsprozesse haben? Sind Sie dafür, dass wir etwas machen für möglichst gute Stadtfinanzen? Dann stimmen Sie diesen beiden Vorlagen zu, besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Somit ist diese Diskussion offensichtlich beendet. Wir haben auf dem Blatt die Abstimmungsabfolge notiert. Es gibt also eine getrennte Abstimmung zum Traktandum 5, Obertor 17, und nachher zum Traktandum 6, Obertor 11/13.

Vorgesehen sind 4 Abstimmungen. Zuerst zum Antrag 1, Kreditbewilligung mit Teuerungsklausel. Bei der 2. Abstimmung gehen wir davon aus, dass man zwei Anträge, die das Gleiche betreffen, zusammenfassen kann, Antrag 2 und 4, also die Renditeauflage und die Aufhebung des früheren Beschlusses in Bezug auf die Kostenmiete. Die 3. Abstimmung zum Antrag 3, die Berichterstattung an die Kommission. Und wenn die Vorlage bereinigt ist, folgt in der 4. Abstimmung dann noch die Schlussabstimmung.

Das gleiche Prozedere ist dann nachher auch zum Traktandum 6, Obertor 11/13.

Traktandum 5, Obertor 17

Abstimmung: Ziffer 1, Kreditbewilligung mit Teuerungsklausel (Stadtratsantrag unverändert).

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 55:1 bei 0 Enthaltungen.

Abstimmung: Ziffer 2 und 4 (beide neu, gemäss Antrag SBK/AK).

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 56:0 bei 0 Enthaltungen.

Abstimmung: Ziffer 3 (neu, Berichterstattung).

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 35:21 bei 0 Enthaltungen.

Schlussabstimmung bereinigte Vorlage Obertor 17.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 56:0 bei 0 Enthaltungen.

Das Traktandum 5 betreffend Obertor 17 ist damit erledigt.

Traktandum 6, Obertor 11/13

Abstimmung: Ziffer 1, Kreditbewilligung mit Teuerungsklausel (Stadtratsantrag unverändert).

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 48:8 bei 0 Enthaltungen.

Abstimmung: Ziffer 2 und 4 (beide neu, gemäss Antrag SBK/AK).

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 56:0 bei 0 Enthaltungen.

Abstimmung: Ziffer 3 (neu, Berichterstattung).

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 35:21 bei 0 Enthaltungen.

Schlussabstimmung bereinigte Vorlage Obertor 11/13.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 48:8 bei 0 Enthaltungen.

Das Traktandum 6 betreffend Obertor 11/13 ist damit erledigt.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.87: Wahl einer 1. Vizepräsidentin / eines 1. Vizepräsidenten anstelle des zurücktretenden M. Steiner (SP) für den Rest des Amtsjahres 2024/2025

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl einer 1. Vizepräsidentin / eines 1. Vizepräsidenten anstelle des zurücktretenden M. Steiner (SP) für den Rest des Amtsjahres 2024/2025. Das Wahlverfahren wird geheim durchgeführt, mit Urnenwahl, es gilt das absolute Mehr. Das Wort hat Maria Sorgo.

M. Sorgo (SP): Die SP schlägt anstelle des zurückgetretenen Markus Steiner Philippe Weber als 1. Vizepräsidenten vor.

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es aus dem Plenum eine Vermehrung dieses Vorschlags? – Das ist nicht der Fall.

Ich bitte als erstes die Stimmzähler, die Anzahl anwesende Parlamentsmitglieder zu ermitteln. - Die Stimmzähler haben 57 Mitglieder ermittelt. Das stimmt auch überein mit unseren Absenzenmeldungen, das ist die Plausibilitätskontrolle. Besten Dank.

Ich bitte die Stimmzähler, jetzt die Stimmzettel zu verteilen und anschliessend wieder einzusammeln.

Ich komme zur Bekanntgabe des Resultats:

Anwesende Parlamentsmitglieder	57
Ausgeteilte Stimmzettel	57
Abgegebene Stimmzettel	57
Leere / ungültige Stimmzettel	1
Massgebende einfache Stimmenzahl	56
Absolutes Mehr	29
Gewählt ist mit 31 Stimmen: Philippe Weber.	
Weiter haben Stimmen erhalten:	
Fredy Künzler:	20
Vereinzelte:	5

Ich gratuliere Philippe Weber zur Wahl und bitte ihn, nach vorne zu kommen. (*Applaus*)

Ph. Weber (SP): Herzlichen Dank für die riesige Unterstützung. Ich werde mein Bestes tun, dass es im Mai dann vielleicht ein paar Stimmen mehr werden. (*Applaus*)

Parlamentspräsident F. Helg: Ich freue mich auf die Unterstützung von Philippe Weber. Du bist ja schon ein bisschen eingeführt worden in das Ganze und ich hoffe, dass wir ein gutes Duo bilden auf dem Bock.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.55: Förderprogramm Energie Winterthur – Bericht des Stadtrats betreffend Förderprogramm Energie Winterthur 2020–2023

Parlamentspräsident F. Helg: Förderprogramm Energie Winterthur – Bericht des Stadtrats betreffend Förderprogramm Energie Winterthur 2020–2023. Zu diesem Geschäft hat das Wort die Referentin der UBK, Nora Ernst.

N. Ernst (UBK): Das Förderprogramm Energie der Stadt Winterthur wurde 2011 im Stadtparlament beschlossen und von der Winterthurer Stimmbevölkerung im Jahr 2012 bestätigt. Das Programm beinhaltet Massnahmen, die den Energieverbrauch von Gebäuden und der Mobilität senken und die erneuerbaren Energien fördern. Alle vier Jahre wird zu diesem Programm ein Bericht erstellt. Heute stelle ich im Namen der UBK den Zwischenbericht über die Entwicklung in den Jahren 2020 – 2023 vor.

Das Förderprogramm Energie finanziert sich über Abgaben auf dem Stromverbrauch. 2023 wurde dieser Abgabesatz erhöht. Vorher flossen jährlich ca. 1.4 Millionen Franken in das Programm, heute sind das 2.5 Millionen Franken jährlich. Wie man auf dem Zeithorizont 2020 – 2023 sieht, haben die Förderbeiträge im entsprechenden Zeitraum zugenommen. In Grau sehen wir die zugesagten Förderbeiträge und in Rot die tatsächlich ausbezahlten. Dazwischen liegt jeweils die Realisierungsperiode der verschiedenen Projekte; eine Auszahlung passiert erst nach der Realisierung.

Gesamthaft konnten in den Jahren 2020 – 2023 1'200 Anträge gefördert werden durch dieses Programm. Es sind insgesamt 8.6 Millionen Franken zugesagt und 5.5 Millionen Franken ausbezahlt worden. Dabei wurden 22'500 Tonnen CO₂ eingespart.

Auf der Folie 3 sehen wir, dass total am meisten Geld für die Sanierung von Gebäudehüllen gesprochen wurde. Auf der nächsten Folie sehen wir, dass die Fördereffizienz – das ist das Mass für die Wirksamkeit pro eingesetztem Förderrappen – hingegen zeigt, dass sie bei den Solaranlagen und bei der Elektromobilität am höchsten ist.

Neben den Zahlen zu den verschiedenen Fördermassnahmen möchte ich eine weitere Zahl in diesem Zwischenbericht besonders hervorheben: Das ist diejenige der Vollzugskosten und der gesamten Anzahl Gesuche. Wie wir sehen, haben die totalen Vollzugskosten bei steilem Anstieg der Anzahl Gesuche ab 2022 im Jahr 2023 trotzdem abgenommen. Das dank vollständiger Digitalisierung der Gesuchsabwicklung.

Wir haben den Bericht von Stadtwerk in der UBK besprochen, wir konnten unsere Fragen anbringen und die UBK dankt Stadtwerk ganz herzlich für den ausführlichen Zwischenbericht.

R. Diener (Grüne/AL): Ich bedanke mich bei Nora für die Vorstellung dieses Geschäfts und ich bedanke mich auch im Namen der Grünen/AL beim Stadtrat für den Bericht, den er erstellt hat. Wir nehmen den Bericht sehr erfreut zur Kenntnis. Das Programm, ich kann es kurz machen, ist eine 200-prozentige Erfolgsgeschichte, das zeigt auch der zuletzt beschlossene und vor kurzem kommunizierte Ausbau der Fördermittel an, die wir jetzt in dieses Programm stecken. Denn die Gesuche nehmen laufend weiter zu, wir haben es gehört. Die Investitionen in die erneuerbaren Energien oder in die Sanierung von Gebäuden und ähnlichem steigen kontinuierlich an. In den letzten drei Jahren – und das ist eine wirklich wichtige Zahl – sind die Zusagen für Unterstützung um das Dreifache gestiegen. Also eine massive Steigerung in diesem Programm. Das Programm leistet deshalb einen wesentlichen Beitrag zu den Netto-Null-Zielen der Stadt Winterthur.

Die Grünen/AL unterstützen deshalb auch die Strategie des Stadtrats, auch mit dieser Erhöhung und dem weiteren Ausbau. Im Gegenteil, wir fordern sogar, dass es noch weiter geht. Aber wir müssen heute sagen, dass wir Netto-Null noch lange nicht erreicht haben und dass wir noch viel unternehmen werden müssen, um diese Zielsetzungen tatsächlich zu schaffen. Kürzlich wurde bekannt, dass die Zeit drängt. Wir sind weltweit auf dem 3-Grad-Kurs und nicht dort, wie man in Paris 2015 beschlossen hat, dass wir uns auf 1.5 Grad beschränken. Ich spreche von der Temperaturerwärmung.

Für die Begrenzung des weiteren Temperaturanstiegs müssen wir noch viel mehr unternehmen. Die Grünen/AL werden sich deshalb dafür einsetzen, dass dieses Programm auf jeden Fall weitergeführt werden kann, dass es sogar ausgebaut werden kann. Das bedeutet konkret, dass wir auch eine Erhöhung der maximalen Abgabesätze fordern werden für die nächste Verordnungsänderung für die Abgabe der Elektrizität. Danke für die Kenntnisnahme.

G. Porlezza (FDP): Vielen Dank auch von mir, Nora, für die Vorstellung. Auch ein Danke an Stadtwerk – das ist der letzte Besuch, der jetzt noch vertreten ist.

Ich kann mich sogar teilweise Reto anschliessen, das gibt es auch eher selten – sozusagen ein Förderprogramm für Gemein Sinn.

Die FDP befürwortet das Förderprogramm Energie Winterthur, auch wenn ich beim Lesen einige Male zusammengezuckt bin: Abgaben, Steuern. Da muss man manchmal als FDPler manchmal tief durchatmen. Aber es hat geklappt und ich habe es fertiggelesen.

Aber wir sind ja keine Ideologen und die Fakten sind klar: Rund ein Viertel der CO₂-Emissionen in der Schweiz sind auf den Gebäudebereich zurückzuführen. Dass man dort direkt bei der energetischen Sanierung von Gebäuden und deren Wärmeversorgung ansetzt, ist klar. Mit dem Förderprogramm Energie Winterthur setzt die Stadt Winterthur Anreize, damit die Winterthurer Bevölkerung und Wirtschaft ihre Liegenschaften energetisch optimieren. Und das unterstützen wir absolut.

Ebenfalls gefreut hat uns und positiv hervorzuheben ist auch der fortschreitende Digitalisierungsprozess: Die Möglichkeit, jetzt neu auch Fördergesuche digital einzureichen und zu bearbeiten, senkt langfristig die Kosten und davon können wir alle profitieren.

Wir alle und auch die Winterthurer Unternehmen finanzieren das Programm mit Abgaben auf dem Stromverbrauch (Netznutzung). Der Stadtrat hat die Abgabe 2023 bereits verdoppelt, und es ist gemäss dem Bericht auch anzunehmen, dass der Finanzbedarf weiter steigen wird. Wie überall, wo es eine Förderung gibt. Solche Erhöhungen können für Haushalte und kleine Unternehmen aber eine Belastung darstellen und den Handlungsspielraum einschränken. Wir stehen deshalb einer weiteren Erhöhung der Abgaben, je nachdem, wie hoch sie dann sein wird, kritisch gegenüber. Es könnten finanzielle Anreize geschaffen werden, die auch ohne Zwangsabgaben zu Investitionen in nachhaltige Technologien motivieren können. Im Bericht ist auch zu lesen, dass «um die Ziele des Förderprogramms zu erreichen» zusätzlich mit Drittorganisationen zusammengearbeitet wird. Zu diesem Zweck wurden mit Vereinen mehrjährige Leistungsvereinbarungen abgeschlossen, die u.a. die Durchführung von Informationsveranstaltungen und Aktionen vorsehen. Insgesamt stehen dafür jährlich 130'000 Franken zur Verfügung. Wir finden, dass es dies kritisch zu begutachten gilt, damit die Stadt nicht auf sieben verschiedenen Ebenen dasselbe tut. Inwiefern beispielsweise der zuletzt vor vier Jahren durchgeführte «Climathon» ein direktes Wirkungsziel für das Förderprogramm darstellt, ist uns nicht ganz klar. Solche Partnerschaften können wertvoll sein, wenn sie zielgerichtet und in sinnvoller Zusammenarbeit genutzt werden. Aber wir finden auch, dass sichergestellt werden muss, dass eingesetzte Mittel tatsächlich einen gewünschten Effekt haben und regelmässig auf ihre Effizienz überprüft werden.

Insgesamt unterstützen wir aber mit einem kritischen Auge auf die zukünftigen Finanzen die Zielsetzung des Programms, bitten um das entsprechende Augenmass und sind gespannt, was sonst noch kommt. Danke vielmals an den Stadtrat und an Stadtwerk.

L. Jacot-Descombes (SP): Auch wir haben erfreulicherweise ein Wachstum bei den Förderbeiträgen festgestellt. Für einmal sind wir froh, wenn mehr Geld ausgegeben wird.

Die SP-Fraktion begrüsst es natürlich, wenn immer mehr Hauseigentümer*innen ihre fossile Heizung ersetzen, Photovoltaik nutzen und ihre Häuser energetisch sanieren.

Besonders hervorheben möchte ich auch noch, dass in Winterthur die professionelle Beratung gefördert wird und so die Hemmschwelle von Eigentümer*innen senkt, eine solche in Anspruch zu nehmen und dann ihre Häuser eben auch zu sanieren. Auch die Dämmung von Häusern wird gefördert, wie wir gesehen haben, mit relativ viel Geld. Und die Effizienz ist zwar tief angegeben, aber ich finde eigentlich, dass es einfach immer noch besser ist, als erneuerbare Energie zu verbrauchen, wenn man Energie spart. Man kann das zwar nicht so gut in CO₂-sparen beziffern, aber es ist trotzdem sehr wichtig, dass das auch gemacht wird.

Wir nehmen den Bericht also dankend zur Kenntnis. Meine Vorredner haben schon relativ viel gesagt, was ich nun gar nicht mehr sagen muss.

Was ich noch sagen möchte: Ich möchte mich bei Stadtwerk bedanken für die schönen und informativen Folien und Berichte, die wir jeweils erhalten, aber auch für die Broschüren, die

ich mir einmal angeschaut habe, die für die Allgemeinbevölkerung sind. Sie sind wirklich schön gemacht und informativ und regen so auch dazu an, dass man vermehrt solche Beratungen in Anspruch nimmt. Ich wollte einfach einmal sagen, dass es wirklich gut gemacht ist und mich dafür bedanken.

D. Roth-Nater (EVP): Danke für den umfangreichen und detaillierten Bericht. Wir können dem Förderprogramm durchaus etwas abgewinnen. Es ist ein gutes Förderprogramm, mit Optimierungspotenzial zur benötigten und echten Reduktion.

Der Bericht des Stadtrats zum Förderprogramm Energie Winterthur zeigt, dass die Stadt beim Thema Energieeinsparungen und Klimaschutz auf dem richtigen Weg ist – aber ein bisschen vorsichtig. Winterthur hat mit dem Förderprogramm eine solide Basis gelegt, um den Energieverbrauch zu senken und die CO₂-Emissionen zu verringern – allerdings kommen im Programm die echten Impulse etwas zu kurz, um langfristige Verhaltensänderungen bei Bürgerinnen und Bürgern zu bewirken. Es hat sich gezeigt, dass ein Anreizsystem wirksam dazu beitragen kann, die Bereitschaft zur Investition in nachhaltige Technologien zu erhöhen.

Erstaunlich ist, dass doch eher minimal Energie in die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung investiert wird. Statt klarzumachen, wie wichtig die Einsparung von Energie und der Einsatz erneuerbarer Quellen für alle ist, bleibt die städtische Kampagne zur Sensibilisierung kaum sichtbar. Im Gegensatz zur guten Beratung. Hier braucht es eine starke und mutige Kommunikationsstrategie, welche Menschen aufrüttelt und zum Mitmachen bewegt.

Ein anderer Schwachpunkt des Programms ist der Zertifikathandel. Die Stadt setzt nach wie vor darauf, CO₂-Reduktionsziele teilweise durch Zertifikate zu «erkaufen», statt durch tatsächliche, vor Ort sichtbare Einsparungen. Diese Strategie mag kurzfristig nützlich sein, wird von vielen auch als das angeschaut, hat aber wenig mit echter Nachhaltigkeit zu tun. Ziel muss es sein, den Zertifikathandel konsequent zurückzufahren. Wir sind auch da auf einem guten Weg am Einsparen und durch konkrete Massnahmen zu ersetzen. Die messbaren CO₂-Einsparungen müssen einfach noch weiter sichtbar werden.

Der Zugang zum Förderprogramm, wir haben das gesehen, ist selbst auch ein Thema. Der Verwaltungsaufwand schreckt nach wie vor Leute ab; es ist jetzt digitaler als auch schon. Es soll wirklich auch transparent und niederschwellig sein. Auch da einfach nochmals: Die Beratung ist gut, vielleicht kann man auch dort noch weiterarbeiten.

Insgesamt ist das Förderprogramm ein wichtiger Schritt in die Zukunft von Winterthur, doch es ist eine stärkere Bewusstseinsbildung nötig und dass man sich abwendet von der Zertifikatslösung. Danke vielmals.

St. Gubler (SVP): Ich danke Nora für die Vorstellung und Stadtwerk für den Bericht. Im Mail, das ich erhalten habe, stand, es handle sich um eine Zwangsabgabe - und genau deshalb nimmt die SVP-Fraktion den Bericht ablehnend zur Kenntnis.

Warum? Warum muss man etwas fördern, das gut sein soll? Und warum sollen alle an etwas zahlen, von dem wenige profitieren können? Was gut ist, wird sich auch ohne Förderung durchsetzen.

Bisher sind 5.5 Millionen Franken Fördergelder ausbezahlt worden, die Bürokratie ist gestiegen und die Attraktivität für Firmen ist gesunken.

Was passiert, wenn der Bund die Einspeisevergütung von überflüssigem Strom drastisch senkt? Was in nächster Zukunft passieren wird. Die Attraktivität wird deshalb weiter sinken, die Amortisation dauert Jahre länger – wird dann der Stadtrat die Gebühr noch weiter erhöhen? Und ist das eventuell auch ein Punkt, weshalb der Stadtrat gegen unsere Initiative «JA zur freien und günstigen Stromwahl» ist?

An Pfingsten dieses Jahres wurde das erste Mal mehr Solarstrom produziert als verbraucht wurde in der Stadt Winterthur. Gut, es hat niemand gearbeitet. Aber da kommt das nächste Problem: Unsere Stromnetze sind nicht für zusätzliche bidirektionale Belastungen gebaut worden und müssen für viel Geld angepasst werden, damit das Netz auch in Zukunft stabil bleibt und wir keine Ausfälle haben.

Danke für die Aufmerksamkeit.

N. Ernst (GLP): Meine Vorrednerinnen und Vorredner, wir sind uns fast alle einig: Das Förderprogramm Energie ist ein Erfolgsmodell. Die Anzahl Gesuche nimmt stetig zu. Und das, obwohl – das muss man so sagen – die Förderbeiträge in Winterthur im Städtevergleich nicht zu den hohen gehören.

Die GLP nimmt diese Entwicklung sehr wohlwollend zur Kenntnis und wir danken dem Stadtrat und Stadtwerk für den Bericht.

Eine kleine Anregung möchten wir aber trotzdem noch machen: Im Hinblick auf die grosse Nachfrage und die beschränkten Fördermittel, die zur Verfügung stehen, erachten wir es als sinnvoll, dass man sich bei den geförderten Projekten doch auf diejenigen konzentriert, welche die höchste Fördereffizienz aufweisen. Danke vielmals.

Stadtrat St. Fritschi: Ich hatte schon Angst, es würde die Stimmung eines Gottesdienstes werden, wenn alle gleicher Meinung sind, aber es hatte doch noch ein paar kritische Stimmen, die ich natürlich zur Kenntnis nehme und zu denen ich auch noch ein paar Kommentare abgeben möchte.

Bei Daniela Roth-Nater bin ich nicht ganz nachgekommen wegen dem Zertifikatshandel. Im Förderprogramm Energie Winterthur ist Zertifikatshandel eigentlich kein Thema (das ist sonst bei Stadtwerk ein Thema, aber nicht hier). Wir unterstützen mit diesem Geld keine Zertifikate, das ist mir nicht bekannt. Aber vielleicht bin ich da nicht ganz im Bild.

Und das andere, da gebe ich Dir Recht: Kampagnen, da sind wir der Meinung, dass es nicht so effizient ist wie die Förderung von wirklichen Massnahmen. Eine Kampagne, das haben wir v.a. festgestellt während der Energiemangellage, bei der wir ja vom Bund eine Riesenkampagne finanziert bekommen haben, um Energie zu sparen, um weniger zu konsumieren. Und der Output davon, der Spareffekt, war also sehr bescheiden. Ich erinnere daran: Beim Strom hat man am Schluss 2% eingespart. Wenn man das in Relation setzt damit, dass wirklich alle Plakatwände vollgepflastert waren, im Zug, im Bus, im Fernsehen – überall lief eine Kampagne. Also mit den paar Millionen Franken, die wir zur Verfügung haben, das hätten wir sehr schnell verbraucht mit Plakatwänden, Commercials und anderen Kampagnenhilfsmitteln. Aber ich glaube, wir hätten damit am Schluss nichts dazu beigetragen, dass CO₂ reduziert wird.

Zu Stefan Gubler: Es können alle von diesem Förderprogramm profitieren, es ist nicht nur für wenige. Man muss nur die nötigen Voraussetzungen erfüllen. Aber es ist etwas sehr Niederschwelliges. Die Hürde ist nur, dass man etwas Förderwürdiges haben muss.

Und der Atomstrom ist davon völlig unabhängig. Auch wenn dann nachher die ganze SVP- und FDP-Fraktion vollständig Atomstrom bezieht, müsst Ihr trotzdem etwas an das Förderprogramm bezahlen, weil wir es ja aufgrund der Netznutzung bemessen. Wir bemessen es also nicht aufgrund des Energieanteils, den jemand verbraucht, sondern wir bemessen es aufgrund der Netznutzung – unabhängig davon, welche Energiequalität man bezieht. Von daher war das keine Absicht des Stadtrats, dass man deshalb diese SVP-Initiative abgelehnt hätte. Das ist schon fast ein bisschen eine böartige Unterstellung.

Aber sonst danke ich vielmals für die grosse Zustimmung zum Förderprogramm. Es ist wirklich ein Erfolgsprodukt. Und man kann mit relativ wenig Geld sehr viel CO₂ einsparen – und das ist genau das Ziel des Ganzen. Das zeigen alle Berichte, die wir schon gemacht haben, sehr deutlich. Und ich bin froh, dass viele von Euch das auch so sehen. Danke vielmals.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen zur Abstimmung.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: Zustimmende Kenntnisnahme mit 46:9 bei 0 Enthaltungen.

Der Bericht wird also zustimmend zur Kenntnis genommen und das Geschäft ist damit erledigt.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.78: Begründung des Postulats J. Praetorius (Grüne/AL), D. Roth-Nater (EVP), L. Jacot-Descombes (SP) und L. Studer (GLP) betr. Begründung von Verwaltungsliegenschaften

Parlamentspräsident F. Helg: Begründung des Postulats betreffend Begründung von Verwaltungsliegenschaften. Das Wort hat zuerst der Erstpostulant Julius Praetorius (Grüne/AL).

J. Praetorius (Grüne/AL): Nachdem wir uns in den vergangenen Traktanden mit so vielen Zahlen am Horizont auseinandergesetzt haben, nehme ich Euch jetzt gerne mit in die Vertikale.

Im ersten der beiden heute traktandierten Fassaden-Postulate geht es darum, dass Vertikalflächen von Verwaltungsliegenschaften zu begrünen sind. Die Idee ist simpel: Um dem Erhitzen der Stadt entgegenzuwirken, hilft die Bepflanzung mit Kühlung und Mikroverdunstung dem lokalen Mikroklima und bringt nebenbei auch noch erholsame und biodiversitätsfördernde Oberflächen in die Stadt zurück.

Da die BZO noch keine explizite Förderung für private Haushalte vorsieht, sehen wir nur Handlungsoption darin, dass der Stadtrat den Auftrag bekommt, solche Massnahmen nur für Gebäude der öffentlichen Hand zu prüfen. Vor allem Gebäude, in denen oder in deren Umfeld sich vulnerable Bevölkerungsgruppen aufhalten, sollen in den Fokus rücken.

Allgemein sollen Neubauten verstärkt mit Konzepten zur Begrünung ausgestattet werden. Bei bereits bestehenden Gebäuden soll nach kostengünstigen Ansätzen gesucht werden, um Fassaden zu begrünen.

Im Anbetracht der Bandbreite an Vorteilen, die das hat, plädieren wir natürlich für eine Überweisung des Postulats und danken für Eure Unterstützung! Merci.

Parlamentspräsident F. Helg: Es liegt ein Ablehnungsantrag vor. Dieser wird begründet von Philipp Angele (SVP).

Ph. Angele (SVP): Wir beantragen die Ablehnung des Postulats betreffend Begrünung von Verwaltungsliegenschaften.

Gründe dafür gibt es viele, aber erlauben Sie mir bitte, ein paar wenige, aber überzeugende Argumente zu nennen.

1. Thema Kostenthematik: Die Begrünung von städtischen Gebäuden, insbesondere von Vertikalflächen, erfordert erhebliche Investitionen. Vor allem in die Planung, aber auch für Ausführung und laufende Instandhaltung. Auch muss man noch gesondert die Fassadenstatik prüfen. Das alles ist für die bestehende Infrastruktur eine Strapazierung. Die festgelegten Budgets werden durch diese Massnahmen zusätzlich strapaziert.

2. Effektivität im Mikroklima: Dort ist die vorgeschlagene Begründung zur Verbesserung des Mikroklima die Reduzierung der Hitzeemission. Das ist zwar ein positives Ziel, aber es gibt Effekte, die genauso wertvoll und auch quantifizierbar sind: Gut isolierte Gebäudehüllen, richtiges Lüften, das sogar von den Bewohnenden selbst umgesetzt werden kann und für ein gutes Wohnklima sorgt.

3. Alternativen zu Begrünungsmassnahmen: Um das Mikroklima zu beeinflussen und die Lebensqualität zu verbessern, existieren alternative Ansätze, die weniger kostenintensiv sind und effektiver umgesetzt werden können; z.B. die Schaffung von Grünflächen in bereits bestehenden Parkanlagen oder Erweiterungen.

4. Unterhalt und Praktikabilität in der Pflege: Begrünungen von Fassaden erfordern regelmässige Pflege und Wartung, um das Wachstum zu kontrollieren und die Bausubstanz zu schützen. Ein Beispiel wäre die ganze Thematik Ungeziefer, Fassadentechnik usw. Das würde zu zusätzlichen Betriebskosten führen, die aktuell nicht so im Verwaltungsbudget vorgesehen sind.

5. Zu guter Letzt ist für uns auch störend, dass man damit die Verwaltung flächendeckend beschäftigen möchte, obwohl finanzielle und personelle Ressourcen sowieso fehlen.

Die Lösung könnte auf individueller Basis im Rahmen einer Sanierung oder eines Neubauprojekts sein, dass man es dann prüft, ob allenfalls eine Chance besteht. Aber kein flächendeckendes Giesskannenprinzip.

Aufgrund der beispielhaft genannten Gründe schlagen wir vor, dass man das Postulat so ablehnt. Ich danke für das Verständnis und Eure Aufmerksamkeit.

D. Roth-Nater (EVP): Das Postulat fordert keinen übermässigen Eingriff, sondern bietet der Stadt die praktischen Möglichkeiten, ihre Verantwortung ernst zu nehmen und den Bauwesenprozess aktiv in Richtung der demokratisch legitimierten Klimaziele zu lenken. Besonders für Gebäude, die auch von vulnerablen Bevölkerungsgruppen genutzt werden, ist dies relevant, da hier nicht nur der Umweltschutz, sondern auch das Wohl der Menschen im Fokus steht.

Begrünte Fassaden tragen im Siedlungsgebiet zur Lebensqualität bei, indem sie als Nahrungsquelle und Rückzugsort für Flora und Fauna dienen. Sie fungieren als ökologische Trittsteine, verbinden Lebensräume miteinander, vernetzen und sind somit auch starke Biodiversitätsträger.

Die Investitionskosten für Fassadenbegrünungen sind je nach Systemkomplexität sehr variabel und für einfache, selbstkletternde Begrünungen in der Regel gering, was die Massnahmen auch unter dem Kostengesichtspunkt attraktiv macht.

Wir möchten dieses Postulat überweisen.

L. Jacot-Descombes (SP): Zuerst noch als Antwort auf den Ablehnungsantrag: Es ist ein Postulat. Wir zwingen die Stadt nicht, an jedes Mäuerchen, das irgendwo senkrecht ist und der Stadt gehört, Begrünung zu machen. Sondern die Stadt soll prüfen, wo das sinnvoll ist – und dort dann auch machen.

Die Aufenthaltsqualität im Freien ist ein grosser Pluspunkt von Winterthur. Die ganze Stadt ist umgeben von grossen Grünräumen und man muss Orte in der Stadt suchen, wo man nicht in spätestens 10 Minuten zu Fuss in einem Wald ist. Viele Quartiere bestechen mit schönen Gärten und Baumbeständen. Leider ist aber das Wohnen und sich aufhalten gerade in der Innenstadt, zum Beispiel auf der allseits beliebten Steibi, im Sommer nur noch dank der Judd-Brunnen erträglich.

Es ist auch sehr bedauerlich, dass gerade in Neubaugebieten Plätze und Strassen geplant wurden, welche viel zu wenige Bäume und andere Grünräume haben. Ein schöner urbaner Platz, welcher der Bevölkerung geschenkt wird, ist aber leider Verschwendung, wenn man sich zu einem Grossteil des Jahres und v.a. im Sommer nicht darauf aufhalten kann, weil es einfach unangenehm und heiss ist.

Das Wohnen in solchen Neubauten ist im Sommer alles andere als angenehm. Haben sich die Plätze und Gebäude erst einmal aufgeheizt, braucht es eine sehr lange Zeit, bis sich diese wieder abkühlen. Schüler müssen so bei konstant um die 30°C oder sogar höheren Temperaturen in die Schule gehen und sollten sich so konzentrieren können. In Altersheimen müssen vulnerable Personen dauerhaft bei über 20°C in der Nacht schlafen, was ihrer Gesundheit gar nicht gut tut. Auch das Personal wäre, so glaube ich, über einen kühleren Arbeitsplatz nicht unfroh. Bei Stadtverwaltung heisst es in der Budgetberatung, die bald kommt, bestimmt wieder, sie solle effizient arbeiten. Sie kämpft aber auch in ihren Büros im Sommer mit der Hitze, was für effizientes Arbeiten nicht gerade förderlich ist.

Eine Lösung für diese Probleme ist nicht, einfach eine Klimaanlage zu installieren, da diese den Aussenraum noch zusätzlich aufheizt und ein Energiefresser ist. Ausserdem kostet es auch ziemlich viel.

Die Luftqualität kann man aber verbessern, indem man die Fassaden begrünt. Die Gebäude heizen weniger schnell auf, genauso die Plätze darum herum. Sie kühlen schneller wieder aus, wenn sie einmal aufgeheizt sind, und die Luft um die Gebäude wird durch das Verdunsten von Wasser abgekühlt. Die Luftqualität verbessert sich ausserdem auch, da die Pflanzen

auch Feinstaub binden, und bei Regen belastet das ganze Wasser nicht die Kanalisation und die ARA, sondern wird idealerweise auf dem Dach aufgefangen und zur Bewässerung der Pflanzen genutzt.

Wie meine Vorrednerin Daniela schon gesagt hat: Je nachdem, wie man das macht, kann man das sehr kostengünstig machen.

Von der positiven Wirkung auf das Gemüt, wenn wir eine grüne Pflanzenwand anschauen statt einen Betonklotz, muss ich schon gar nicht erzählen, das wisst Ihr selbst. Unsere Stadt wäre in Hitzesommern, welche in Zukunft leider häufiger kommen, wie wir wissen, eine bessere Stadt, wenn viel mehr Fassaden begrünt wären.

Gerade die Stadt Winterthur hat hier in den letzten Jahren bei Bauprojekten keine gute Figur gemacht und die Begrünung ging viel zu oft vergessen oder wurde sehr stiefmütterlich behandelt. Das müssen jetzt Schüler*innen, Personal und Bewohnende von Altersheimen ausbaden. Auch die Bevölkerung, die zwar urbane Plätze geschenkt bekommen hat, die aber einen Grossteil des Jahres de facto nicht genutzt werden können, muss es ausbaden.

Es ist also höchste Zeit, dass die Stadt Winterthur hier mit positivem Beispiel voran geht und ihre Bauten – wo es möglich ist - nachträglich begrünt. In laufenden und zukünftigen Planungsprozessen muss die Begrünung der Fassaden einen hohen Stellenwert bekommen. Auch in der Hoffnung, ein Beispiel für private Eigentümer*innen abzugeben und diese zu animieren, dass unsere Stadt auch im Sommer weiterhin eine hohe Lebens- und Wohnqualität hat.

Gerade in letzter Zeit hat man auch gute Beispiele gesehen von Privaten, welche die Initiative ergriffen haben. Sei es in der Innenstadt (ich nenne jetzt keine Namen) oder z.B. auch in der Grüze, wo man sehr schöne Beispiele für Fassadenbegrünungen sieht. Danke.

L. Studer (GLP): Im Rahmenplan Stadtklima werden schon viele Massnahmen für mehr Grün in der Stadt vorgeschlagen. Eine Massnahme sind auch begrünte Fassaden, man hat es also schon auf dem Schirm.

Die Fassadenbegrünung, das wurde schon ausgeführt, hat viele Vorteile: Kühlender Effekt im Sommer, Ausgleichen der Temperatur – es führt also auch im Winter dazu, dass man weniger heizen muss. Mehr Biodiversität, eine Aufwertung und ein schöneres Stadtbild.

Es ist uns bewusst, dass nicht alles rosarot oder in diesem Falle grün ist. Das wurde ja auch schon ausgeführt, es gibt auch noch brandschutztechnische Herausforderungen bei der Fassadenbegrünung.

In der schriftlichen Anfrage aus dem Jahr 2018 hat sich der Stadtrat schon für Fassadenbegrünung ausgesprochen und hat damals geantwortet: «Bei geeigneten Rahmenbedingungen kann der Einsatz einer Vertikalbegrünung für stadteigene Projekte vermehrt gefördert werden.» Das war vor sechs Jahren - ich lasse mir gerne aufzeigen, wie viele Projekte auch wirklich gezielt in diesem Bereich gefördert wurden.

Das ist genau das, was das Postulat fordert. Es muss nicht gleich der ganze Boden aufgerissen werden und überall gepflanzt werden, wo es irgendwie möglich ist; sondern man schaut sich gezielt die Gebäude an, die man hat, und prüft, ob es Sinn macht, dort Massnahmen zu ergreifen. Es geht also in erster Linie mal darum, zu prüfen und genau hinzuschauen, wo die geeigneten Projekte sind, bei denen man das wirklich auch so umsetzen kann.

Wir von der GLP sind der Meinung, dass sich eine solche Prüfung lohnt und es eine mögliche Massnahme in Richtung Schwammstadt ist, für die jetzt konkret auch Umsetzungsmöglichkeiten geprüft werden sollen.

In diesem Sinne unterstützen wir das Postulat.

D. Romay (FDP): Das Postulat «Begrünung von Verwaltungsliegenschaften» mit der Geschäftsnummer 2024.78 ist überflüssig und wird in der Verwaltung einen grossen und ineffizienten bürokratischen Aufwand verursachen.

Das ganz simpel mit folgender Begründung: Offenbar haben die Postulatseinreichenden sich nicht vorgängig informiert über das, was der Stadtrat bereits seit 2020 verabschiedet und als

verbindlich für die Verwaltung erklärt hat. Der Stadtrat hat bereits im August 2020 ein Grundsatzpapier mit dem Titel «Anpassung der Stadt Winterthur an den Klimawandel» ausgearbeitet, unter der Federführung der damaligen Vorsteherin des Departements Sicherheit und Umwelt, Barbara Günthard-Maier. Dieses Grundsatzpapier plus der Rahmenplan Stadtklima plus die Umsetzungsagenda, die vorhin kurz erwähnt wurden, decken alle Aspekte dieses Postulats ab. Sie gehen sogar noch weiter, indem sie ganzheitliche Ansätze aufzeigen, verschiedene Handlungsfelder konkretisieren, die zur Klimaanpassung in der Stadt Winterthur gebraucht werden. Es enthält darüber hinaus auch relevante gesetzliche Grundlagen. Und nochmals: Der Stadtrat hat dieses Dokument bereits als verbindlich verabschiedet. Das heisst, es sind bereits alle Departemente aufgefordert, Massnahmen zu identifizieren und solche auch hervorzubringen.

Ein Beispiel, bei dem Klimaschutzmassnahmen wie Begrünung bereits zur Anwendung kommen, findet man auf Seite 20, sogar mit der Adressierung der vulnerablen und exponierten Personengruppen. Diese werden direkt angesprochen, sie sind auch schon im Fokus. Insofern lade ich die Einreichenden des Postulats ein, sich nochmals eingehend mit diesem Grundsatzpapier und diesen Dokumenten, die es schon alle gibt, zu befassen und sich zu informieren und zu schauen, was heute bereits zur Anwendung kommt.

Aus unserer Sicht scheint ein Postulat das falsche Mittel zu sein, weil damit direkt auch teure Machbarkeitsstudien gefordert werden und viel Aufwand zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler generiert wird. Auch die Kostenfolgen für nachträgliche Begrünungen sind immens und die Umsetzungen sind herausfordernd und oft kompliziert. Und das ist vielleicht der Grund, weshalb wir heute den Stand haben, wie wir ihn haben.

Wir regen da an, das Postulat zurückzuziehen, also abzulehnen, und stattdessen ein anderes Instrument zu wählen. Und zwar eines, mit dem man z.B. via schriftliche Anfrage oder Interpellation auf einem einfacheren, schnelleren und weniger bürokratischen Weg zum Ziel kommen könnte. Vielen Dank.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Wir nähern uns dem Gefrierpunkt. Nicht hier drinnen – aber draussen werden die Nächte kälter. Wir haben bald null Grad und man kann nicht ganz nachvollziehen, wie das in einer Tropennacht ist – vor allem wenn man Philipp zuhört. In einer Tropennacht kann man lange lüften, die Schlaftemperatur sinkt trotzdem nicht.

Die Mitte/EDU-Fraktion hat schon verschiedentlich darauf hingewiesen, dass Fassadenbegrünungen ein wichtiges Element zur Stadtkühlung sind. Auch bei städtischen Bauprojekten werden Fassadenbegrünungen allerdings bis jetzt zu wenig weit mitgedacht, auch wenn es in verschiedenen Papieren, die aufgezählt wurden, erwähnt und auch vom Stadtrat gebracht worden sind. In der praktischen Umsetzung sehen wir es einfach nicht.

Das wäre aber wichtig und gerade an einem Neumarkt zielführender. Ein grüner Neumarkt mit einer Fassadenbegrünung anstelle einer Wiese auf der Zürcherstrasse würde den alten Leuten im Neumarkt mehr nützen.

Die Mitte/EDU-Fraktion stimmt der Überweisung des Postulats «Begrünung von Verwaltungseigenschaften» zu. Gleichzeitig erwarten wir eine Umsetzung, welche sich an den knappen finanziellen Möglichkeiten der Stadt orientiert.

Parlamentspräsident F. Helg: Aus dem Parlament liegen keine Wortmeldungen mehr vor, damit geht das Wort an die zuständige Stadträtin, Christa Meier.

Stadträtin Ch. Meier: Ja genau, und das sagt eigentlich schon alles: «Die zuständige Stadträtin Christa Meier». Sie wissen, die Stadt Winterthur hat kein gesamthaftes Immobilienportfolio. Alle Departemente haben ihre eigenen Immobilien. Und deshalb landen solche übergeordneten Fragen in der Regel eben bei mir, in der Abteilung Hochbau, wo wir ressourcenmässig einfach nicht für solche Aufgaben aufgestellt sind.

Ich möchte Sie daran erinnern: In der letzten Parlamentssitzung haben Sie uns den Auftrag gegeben, eine Gesamtbetrachtung über alle Immobilien zu machen hinsichtlich Möglichkeiten für Kreislaufwirtschaft. Jetzt sollen wir über das gesamte Immobilienportfolio Abklärungen

machen hinsichtlich Möglichkeiten für Fassadenbegrünung. Und ich gehe davon aus, dass ein ähnlicher Auftrag beim nächsten Traktandum, dem Traktandum 9, auch noch mit den Fassaden-PV-Anlagen kommt.

Ich möchte es vorwegnehmen: Wir verwehren uns diesem Thema überhaupt nicht. Fassadenbegrünung kann gerade in einem engen, städtischen Kontext, also dort, wo es enge Platzverhältnisse hat, tatsächlich einen spannenden Nutzen haben. Sonst aber muss man sagen, dass Begrünungsmassnahmen in der Umgebung sehr viel wirkungsvoller sind.

Bei Fassadenbegrünungen haben wir auch Herausforderungen wie Brandschutz, den man anschauen muss, nachbarschaftsrechtliche Fragen, die man anschauen muss. Wir wissen, dass der Unterhalt von Fassadenbegrünungen sehr hoch ist, also auch dort müssten wir personelle Ressourcen einstellen. Und das auch im Wissen darum, dass wir einige städtische Liegenschaften haben, in denen es keine Hauswartungen gibt.

Ich möchte es aber trotzdem nochmals sagen: Wir verwehren uns dem Thema überhaupt nicht. Es war ein Votum, dass man das Postulat mit einer gewissen Kosteneffizienz behandeln soll. Ich glaube, es macht wirklich Sinn, wenn wir vor allem Neubauten und Umbauten fokussieren und dort nach Möglichkeiten schauen. Wenn wir wirklich das gesamte Portfolio anschauen müssen, dann kann ich im Moment schlicht noch nicht sagen, wie wir das machen sollen.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit sind wir am Schluss der Beratung und jetzt kommt noch die Abstimmung. Es geht um die Frage, ob das Postulat an den Stadtrat überwiesen wird, so dass es dann einen Postulatsbericht gibt.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung mit 38:17 bei 1 Enthaltung.

Das Postulat ist somit an den Stadtrat überwiesen und das Geschäft ist bei uns vorläufig vom Tisch.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.79: Begründung des Postulats J. Praetorius (Grüne/AL), D. Rohner (EVP), B. Zäch (SP) und L. Studer (GLP) betr. Fassadennutzung für PV-Anlagen

Parlamentspräsident F. Helg: Begründung des Postulats betreffend Fassadennutzung für PV-Anlagen. Das Wort hat der Erstpostulant Julius Praetorius.

J. Praetorius (Grüne/AL): Es geht erneut um Fassaden. Diesmal geht es um das Potenzial, an Fassaden von Gebäuden im städtischen Liegenschaftsportfolio (zuerst mal noch im Allgemeinen) nach dem Potenzial zu schauen, wie Solarenergie erzeugt werden kann. Mit dem Postulat wird der Stadtrat damit beauftragt, kosteneffiziente Methoden zu eruieren. Es ist mir sehr wichtig, das zu unterstreichen.

Während Solaranlagen auf Dächern ja in aller Munde sind, belegen Solarfassaden noch immer ein Nischenthema. Dabei ist auch auf Hausfassaden für PV-Anlagen Platz. Die Reinigung ist unkompliziert und sogar selten notwendig, da sich Regenwasser, Schnee und Laub in der Vertikalen einfach nicht so ablagern.

Je nach Variante bieten sich auch für das Gebäude weitere Vorteile. Hier ein kleiner Exkurs, das kommt aber im Bericht dann sicher auch: Man kann kurz sagen, dass bei Solarfassaden zwischen Kalt- und Warmfassaden entschieden wird.

Bei Kaltfassaden werden Solarpanels an einem Montagegestell vor der Fassade befestigt. Vorteile hier sind der hohe Wirkungsgrad und die Belüftung. Zudem schützen Kaltfassaden das Gebäude vor Nässe und Wind.

Beide PV-Fassaden-Varianten dienen zusätzlich natürlich auch als Sicht- und Sonnenschutz.

Bei Warmfassaden wird die Installation der Dünnschichtmodule wie ein Vorhang direkt am Tragwerk des Gebäudes angehängt. Das ist natürlich ein geringes Gewicht und dementsprechend auch unkomplizierte Montage, es ist preiswerter. Sie lassen sich optisch besser in die Architektur des Gebäudes integrieren, auch bei bestehenden Gebäuden. Mit einer Solarfassade können nicht nur Strom-, sondern auch Heizkosten eines Gebäudes gesenkt werden. So sorgt die mit Dämmstoff ausgefüllte Vorhangfassade dafür, dass die Wärme im Winter effizienter im Gebäude gehalten wird und im Sommer aussen vor bleibt. Jedoch gibt es bei diesen Dünnschichtmodulen einen geringeren Wirkungsgrad – aber das ist dann alles Sache eines solchen Berichts.

Dennoch gibt es auch Herausforderungen mit dem senkrechten Einfallswinkel. Im Winter jedoch kann der tiefere Sonnenstand den Energieertrag unter Umständen erhöhen.

Ein weiterer wesentlicher Vorteil von Fassaden-PV liegt auch im geringeren Nutzungskonflikt, da es sich um Vertikalflächen handelt, die nicht anders genutzt werden.

Die PV-Anlagen bieten eine nachhaltige Energiequelle, was vor allem in den Wintermonaten dabei helfen soll, die Stromerzeugung lokal zu gewährleisten. Dies würde natürlich auch den Klimazielen der Stadtverwaltung von Netto-Null 2035 zugutekommen.

Wir warten da noch auf den neuen Stand der Technik von Swissolar. Wir wissen, dass es aus brandschutztechnischen Gründen noch etwas schwierig ist, aber es wäre sicherlich von Vorteil, wenn wir schon eine solche Analyse bereit hätten, wenn es dann so weit wäre. Ich danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Zu diesem Geschäft ist auch ein Ablehnungsantrag angemeldet. Dani Romay wird diesen für die FDP-Fraktion stellen.

D. Romay (FDP): Die FDP stellt den Ablehnungsantrag zu diesem Postulat. Zuerst noch vorweg: Ich bin ein bisschen erstaunt, dass wir vorhin über Fassadenbegrünungen gesprochen haben und jetzt den Stadtrat entsprechend beschäftigen werden – und gleichzeitig kommen PV-Anlagen auch an die Fassaden. Irgendwann müsst Ihr Euch einfach einig sein, was am besten geeignet ist.

Im Postulat steht: «Die PV-Anlagen bieten eine nachhaltige Energiequelle, was vor allem in den Wintermonaten dazu beitragen soll, Stromerzeugung lokal zu gewährleisten.» So steht es wörtlich in diesem Postulat. Dass die Stadt bereits (da wiederhole ich mich) bereits im August 2020 ein verbindliches Grundsatzpapier verabschiedet hat, wird irgendwie ignoriert. Und das Grundlagenpapier, zusammen mit dem Rahmenplan, mit der Umsetzungsagenda und ich bin sicher, da gibt es noch viele weitere Massnahmen, wo die Stadt bereits Hausaufgaben gemacht hat – diese Informationen gehen weiter als das Postulat.

Das heisst, dass die Departemente bereits heute verpflichtet sind, Massnahmen für Klimaanpassungen zu prüfen und umzusetzen. So sind Bereiche wie Immobilien, Schule, Sport, Stadtgrün und die anderen dazu angehalten, Massnahmen zu identifizieren – das müssen sie heute schon machen. Die Massnahmen, die sie prüfen müssen, in diesem Grundsatzpapier und im Rahmenplan Stadtklima etc., beinhalten auch die Fragestellung zu Solaranlagen. Es ist also nicht so, dass man diese vergessen hätte.

Im Grundsatz oder in einem dieser Grundsätze in diesem verbindlichen Dokument, z.B. auf Seite 27, wird definiert, dass die Stadt auf der eigenen Fläche wie aber auch (soweit möglich) auf Drittflächen schauen muss, was machbar ist. Weiter steht, dass die zuständigen Bereiche die Massnahmen identifizieren und umsetzen müssen; oder zumindest vorschlagen müssen. Nochmals kurz zum Postulat: Gerade in den Wintermonaten sind PV-Anlagen (insbesondere wenn es bewölkt ist oder im Winternebel) am ineffizientesten. Das gilt besonders bei den Fassaden-PV-Anlagen, die an sich schon einen deutlich geringeren Wirkungsgrad haben als Dach-PV-Anlagen. Der Wirkungsgrad bei Fassaden-PV-Anlagen ist ca. 30-40% tiefer. Dazu kommt, dass gerade dann, wenn die Sonneneinstrahlung für die Solarfassade optimal wäre, in der Stadt oft noch der Schattenwurf hinzukommt, was natürlich eine Negativwirkung hat.

Wo es aber Gebäude gibt, bei denen eine effiziente Fassadennutzung möglich ist, da kann der Stadtrat bereits heute von sich aus kommen und Vorschläge machen. Ja, er muss sogar Vorschläge machen – er hat sich ja verpflichtet.

Aktuell sehen wir aber, dass es noch genügend und viele freie Dachflächen gibt. Wir denken, der Stadtrat sollte dort seine Prioritäten legen und das volle Potenzial, das diese Dächer bieten, auch ausschöpfen.

Ein Postulat «Fassadennutzung für PV-Anlagen» ist deshalb wie gesagt ein überflüssiges Anliegen, das den Stadtrat und die Verwaltung wieder unnötig bürokratisch beschäftigen wird. Denn es gibt, wie bereits erwähnt, entsprechende Richtlinien und Dokumente, die noch viel weiter gehen als dieses Postulat. Deshalb laden wir die Einreichenden ein, dieses Postulat zurückzuziehen und sich bei der Stadt direkt zu informieren, was bereits heute vorhanden ist und was bereits gemacht wurde. Wir denken auch, dass der Einsatz eines anderen Instruments sinnvoller wäre, um den Stand der Massnahmen abzufragen, z.B. auch hier eine schriftliche Anfrage oder eine Interpellation. Ich glaube, damit wäre allen mehr geholfen, man käme schneller voran und es wäre auch weniger bürokratisch. Deshalb dieser Ablehnungsantrag. Vielen Dank.

B. Zäch (SP): Das ambitionöse Netto-Null-Ziel für 2035, das Parlament und die Stimmbevölkerung beschlossen haben, fordert auch von der Stadt, mit ihren eigenen Gebäuden einen möglichst grossen Beitrag zu leisten. Vieles ist bereits angestossen, was sehr erfreulich ist; ich erinnere nur an die Erneuerung der Heiz- und Klimaanlage in städtischen Liegenschaften, die über die grosszyklische Gebäudesanierung hinausgehen, oder die mittlerweile konsequente Ausstattung von Neubauten mit PV-Anlagen auf dem Dach. Es gibt aber noch weiteres Potenzial, das für PV-Anlagen genutzt werden kann: Die Fassaden. Unser Postulat setzt genau hier an.

Angesprochen sind in erster Linie Neubauten von Infrastruktureinrichtungen wie Werkhöfe, Bus- und Feuerwehrdepots und andere technische Gebäude. Aber auch bei neuen Schulhäusern, Turnhallen und Verwaltungsliegenschaften sind PV-Anlagen an den Fassaden eine gute Möglichkeit, die Energieproduktion zu steigern, zumal wenn dort grössere und damit wirtschaftliche Flächen vorhanden sind.

Es ist uns sehr wohl bewusst, dass dieses Postulat, wie das vorherige, nicht wenig Arbeit auslöst. Aber wenn diese Arbeit, zusammen mit anderen Massnahmen, die in der Kompetenz des Stadtrats sind, dazu dient, die Vereinheitlichung der Bauprozesse in der Stadtverwaltung zu befördern und – nicht zuletzt! – die baulichen Kompetenzen in den einzelnen Besteller-Departementen zu stärken, damit eine Gesamtbetrachtung solcher Themen nicht nur in einem oder allenfalls zwei Departementen vorgenommen wird, so kann dies doch ein willkommener Nebeneffekt dieser parlamentarischen Hausaufgabe sein.

Die SP-Fraktion bittet daher um die Überweisung dieses Vorstosses. Danke.

D. Rohner (EVP): Ergänzend zu diesen Ausführungen möchte ich noch Folgendes erwähnen: Die Stromerzeugung mittels PV-Anlagen hat grosses Potenzial, das bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Und die Förderung von solchen Anlagen unterstützt die Erreichung der Klima- und Energieziele der Stadt Winterthur. Vertikalanlagen sind vor allem auch in den Monaten mit tiefem Sonnenstand wirkungsvoll und können in neuen oder bestehenden geeigneten Gebäuden gut integriert werden.

In Winterthur, aber auch in der näheren Umgebung gibt es bereits Gebäude, bei denen Fotovoltaik-Anlagen zum Teil grossflächig an der Fassade angebracht wurden. Interessant ist, dass sie zum Teil nicht nur an der Südseite, sondern auch an der Ost- und Westfassade angebracht wurden.

Aus den genannten Gründen lohnt sich die Überprüfung von städtischen Verwaltungs- und Betriebsliegenschaften, ob sie geeignete Vertikalfächen für die Bestückung mit PV-Anlagen aufweisen. Und sicherlich hätte das auch eine positive Vorbildfunktion für Gewerbe und private Liegenschaftsbesitzer, die Möglichkeit von Fassaden-Fotovoltaik-Anlagen zu prüfen. Und so möchten wir seitens EVP dieses Postulat überweisen.

L. Studer (GLP): Das Postulat ist als Ergänzung zum vorangehenden Postulat zu sehen. Nicht alle Fassaden eignen sich für eine Fassadenbegrünung, aber vielleicht für eine PV-Anlage.

Wir haben es auch schon gehört: Solarstrom ist gefragt und wird es auch zukünftig bleiben, um die Netto-Null-Ziele zu erreichen. Wir haben auch beim vorherigen Geschäft Förderprogramm Energie gesehen, dass PV-Anlagen sehr effizient sind. Gerade Winterstrom aus erneuerbaren Energien wird zukünftig stark nachgefragt werden. Und da kommen die Fassaden mit vertikalen PV-Anlagen ins Spiel.

Die Stadt Winterthur hat das Ziel Netto-Null 2040 bzw. 2035 in der Stadtverwaltung. Der Ausbau von Fotovoltaik ist da ein wichtiger Hebel. Bis 2025 ist das Ziel, 100 zusätzliche Fotovoltaikanlagen auf städtischen Dächern. Dieses Postulat wird dieses Ziel noch ergänzen: Nicht nur auf städtischen Dächern, sondern auch auf städtischen Fassaden; dass man das auch so verbindlich festhält.

Wir sind überzeugt, dass diese Investitionen nachhaltig sind: Nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch. Und dass sich das längerfristig auszahlen wird.

Aber eigentlich geht es gar noch nicht um die Investitionen, sondern es geht – wir haben es gehört – jetzt in erster Linie darum, eine Auslegeordnung zu machen, wo mögliche Standorte wären und diese zu prüfen. Und das macht durchaus Sinn.

Wir von der GLP unterstützen das Postulat.

Ph. Angele (SVP): Die SVP unterstützt den Ablehnungsantrag der FDP gegen das Postulat zur Fassadennutzung für PV-Anlagen. Vieles wurde bereits von Daniel genannt vorhin.

Um es noch einmal zu sagen: Was auf jeden Fall nicht geht (um es in der Bausprache auszudrücken), wäre eine Art Grundputz mit PV-Anlage und als Dekoration ein Efeu-Strauch darüber...

Aber zu den Argumenten: Irgendwo muss man natürlich priorisieren, was man machen will. Technische Unsicherheiten und Brandschutz sind sicher grosse Themen. Fassadeninstallationen von Fotovoltaik-Anlagen bringen erhebliche Brandschutzrisiken mit sich. Bei einem Brand kann die Löschung durch die vertikale Ausrichtung und die weiterhin unter Spannung stehende Anlage erschwert werden. Wasser ist nur eine begrenzte Möglichkeit zum Einsatz, das braucht es spezielle, nicht-leitende Löschmittel. Das sind nur einige der Herausforderungen.

Es besteht auch noch eine allgemeine Verunsicherung, wie man damit umgehen soll, bis man mehr weiss. Das ist auch der Internetseite von Swissolar zu entnehmen. Bis dieser Bericht vorliegt und man mehr konkrete Ausführungen hat, besteht auch bei den Investoren in der Privatwirtschaft noch Zurückhaltungen gegenüber diesem Thema. Hier geht es um die städtischen Liegenschaften, aber es geht ja in die gleiche Richtung.

Es gibt effektivere und auch wirtschaftlichere Alternativen. Die Ressourcen sollten nach unserer Ansicht besser in bewährte Dachanlagen investiert werden oder grössere Freiflächenanlagen. Dort ist es auch nachgewiesen, dass man hocheffiziente Module hat. Die Fassadeninstallationen bringen im Gegensatz dazu sehr hohe Kosten und technische Unsicherheiten mit sich und der Nutzen und Ertrag ist je nachdem noch deutlich zu relativieren.

Dann noch zu einem letzten Punkt, der mir aufgefallen ist: Das Thema Ästhetik und Stadtbild. Unter der Installation von PV-Anlagen auf Fassaden könnte das ästhetische Erscheinungsbild von gewissen Häuserzeilen leiden. Die Nutzungen von solchen Vertikalfächern müssen sorgfältig abgewogen werden, um auch das Stadtbild zu schützen. Der Denkmalschutz ist da auch ein Thema. Man muss da sehr genau prüfen, wo genau der richtige Einsatz von solchen vertikalen PV-Flächen ist.

Übrigens gibt es heute auch eingefärbte Panels. Diese wirken optisch schöner, aber man muss dort auch sagen: Der Wirkungsgrad leidet leider.

Alles in allem sprechen wir uns klar gegen das Postulat aus und unterstützen den Ablehnungsantrag der FDP. Wir danken für die Aufmerksamkeit.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Auch uns scheint es, dass Fassadenbegrünung und Fotovoltaik an der Fassade in direkter Konkurrenz stehen. Entsprechend haben wir die von Philipp geforderte Abwägung zwischen Fassadenbegrünung und Fotovoltaik an der Fassade gemacht und sehr differenziert beschlossen, dass wir die Begrünung von Fassaden unterstützen, Fotovoltaik an Fassaden respektive das Postulat dazu hingegen ablehnen.

Wir sind der Meinung, es gibt noch viel Potenzial von Dachflächen, das zuerst genutzt werden soll. Im Weiteren schliessen wir uns bezüglich Fotovoltaik den Ausführungen von Philipp und Dani an, auch bezüglich dem, was man über die technische Machbarkeit weiss. Und auch wir sind der Meinung, der Stadtrat ist ohnehin in der Pflicht mit Netto-Null bis 2040, diese Themen anzugehen. Wir denken deshalb, dass es dieses Postulat nicht braucht. Wir lehnen die Überweisung ab.

Parlamentspräsident F. Helg: Auf der Rednerliste ist niemand mehr von den Parlamentsmitgliedern. Dann hat das Wort nochmals die zuständige Stadträtin, Stadträtin Christa Meier bitte.

Stadträtin Ch. Meier: Genau, wieder die zuständige Stadträtin... Ich kann mich da eigentlich nur fast wiederholen. Auch da: Wir verschliessen uns diesem Thema überhaupt nicht. PV-Anlagen an Fassaden können durchaus sehr spannend sein. Sie können auch gestalterisch sehr spannend sein. Wir haben es aber auch gehört: Auch da gibt es noch sehr viele offene Fragen. Das Thema Brandschutz, das Thema Blendung und auch das Thema Instandhaltung, Pflege und Unterhalt, die man sicher noch anschauen müsste.

Wieder – ich muss mich leider ein bisschen wiederholen: Der Auftrag, den Sie uns geben, die Überprüfung des gesamten städtischen Immobilienportfolio, ist ein Riesenauftrag. Da ist jemand wochenlang einfach damit beschäftigt. Dafür haben wir die Ressourcen nicht. Ich wäre auch da, wie beim vorherigen Postulat, sehr froh, wenn man einen pragmatischen Weg gehen könnte. Wenn man sagen könnte, dass es sicher bei Neubauten und Umbauten ein Auftrag sein soll, das zu prüfen. Prüfen heisst aber auch zu schauen, ob es die Möglichkeit gibt, wirklich effiziente Anlagen zu installieren. Da bin ich sehr offen dafür. Und die Gesamtbeurteilung über das gesamte Portfolio – da müssen wir einfach schauen, dass wir dort einen pragmatischen Weg finden.

Was bei diesem Postulat noch zusätzlich dazu kommt: Für die Umsetzung sind wir auf Stadtwerk angewiesen. Stadtwerk ist im Moment noch an der Umsetzung des Rahmenkredits für PV-Anlagen auf den Dächern. Dächer sind sicher die effektiveren Flächen. Und ich wäre sehr froh, wenn wir im Moment noch den Fokus auf das richten könnten. Und wenn dann sämtliche Dächer, die sich eignen, mit PV-Anlagen ausgerüstet sind, dann können wir ja an die nächsten Flächen gehen. Und dann haben wir vielleicht auch die Ressourcen, um uns diese Fassaden genauer anzuschauen.

Parlamentspräsident F. Helg: Damit haben wir die Beratung abgeschlossen und kommen zur Abstimmung über die Überweisung.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung 34:22 bei 0 Enthaltungen für Überweisung.

Damit ist dieses Postulat überwiesen und wir haben auch dieses Geschäft vorläufig erledigt.

Ich habe noch einen kurzen Hinweis: Anfangs der Sitzung haben wir über die Deadline für Budgetanträge der Fraktionen gesprochen. Die Fraktionschefinnen und -chefs wurden mit einem Mail von Marc Bernhard informiert. Die Deadline ist am Donnerstag, 28. November 2024, 14.00 Uhr. Bis dahin sind die Fraktionsanträge zum Budget dem Finanzamt einzureichen. Den Fraktionschefinnen und -chefs wurden die Mailadressen der zuständigen Kaderleute im Finanzamt mitgeteilt. Das ermöglicht es, das Drehbuch zu erstellen, damit dann alles rund läuft an der Plenumsitzung für das Budget, die wir am Montag, 2. Dezember 2024 haben.

Damit sind wir jetzt am Ende dieser Sitzung. Ich wünsche allen einen schönen Abend, eine gute Zeit und gute Diskussionen zum Budget.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

F. Helg (FDP)

Ph. Weber (SP)

S. Kocher (GLP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel**1. Bereinigung Traktandenliste**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 16:38:58
Abstimmungsfrage Absetzung Trakt. 4 (2024.47) Kredit Eichwäldli

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung Absetzung	24
B: Ablehnung Absetzung	30
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung Absetzung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung Absetzung
Casutt Sarah	B: Ablehnung Absetzung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung Absetzung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung Absetzung
Ernst Nora	A: Zustimmung Absetzung
Fehr Jan	A: Zustimmung Absetzung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung Absetzung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung Absetzung
Gfeller Selim	B: Ablehnung Absetzung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung Absetzung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung Absetzung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung Absetzung
Graf Marco	A: Zustimmung Absetzung
Griesser Christian	B: Ablehnung Absetzung
Gross Michael	A: Zustimmung Absetzung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung Absetzung
Gubler Stefan	B: Ablehnung Absetzung
Guddal Jan	A: Zustimmung Absetzung
Hager Katja	B: Ablehnung Absetzung
Hartmann Christian	A: Zustimmung Absetzung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung Absetzung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung Absetzung
Holderegger Nicole	Nicht anwesend
Hugentobler Roman	B: Ablehnung Absetzung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung Absetzung
Keller Regula	B: Ablehnung Absetzung
Kocher Samuel	A: Zustimmung Absetzung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung Absetzung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung Absetzung
Kuster Iris	B: Ablehnung Absetzung
Lischer Maria	B: Ablehnung Absetzung
Maier Christian	A: Zustimmung Absetzung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung Absetzung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung Absetzung
Nater Markus	A: Zustimmung Absetzung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung Absetzung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung Absetzung
Praetorius Julius	B: Ablehnung Absetzung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung Absetzung
Romay Dani	A: Zustimmung Absetzung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung Absetzung
Sorgo Maria	B: Ablehnung Absetzung
Staub Olivia	B: Ablehnung Absetzung
Steiner Markus	B: Ablehnung Absetzung
Steiner Annetta	A: Zustimmung Absetzung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung Absetzung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	B: Ablehnung Absetzung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung Absetzung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	B: Ablehnung Absetzung
Werner Pascal A.	B: Ablehnung Absetzung
Würzer Alexander	A: Zustimmung Absetzung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung Absetzung
Zundel Michael	B: Ablehnung Absetzung
Zuraikat André	B: Ablehnung Absetzung

Abstimmungstitel**4. Projektierungskredit Schützenwiese (Projekt 13178)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 17:29:39
Abstimmungsfrage Verpflichtungskredit 3.5 Mio. gem. Parl-Nr. 2024.80

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	51
B: Ablehnung	1
Enthaltung	2
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	Nicht anwesend
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	Enthaltung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	Enthaltung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**4. Projektierungskredit Schützenwiese (Projekt 13178)**

Abstimmungsmodus	Offen
Abstimmungsdatum	11.November.2024 17:30:30
Abstimmungsfrage	Ergänzungsantrag SVP neue Ziff. 2 (Vorlage von Varianten für Umsetzung)

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	31
B: Ablehnung	23
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	B: Ablehnung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	Nicht anwesend
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	B: Ablehnung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**4. Projektierungskredit Schützenwiese (Projekt 13178)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 17:31:23
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Ziff. 1 und 2

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	1
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	Nicht anwesend
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Verpflichtungskredit Quartieranlage Eichwäldli (Projekt 13340)**

Abstimmungsmodus

Offen

Abstimmungsdatum

11.November.2024 18:05:37

Abstimmungsfrage

Verpflichtungskredit Fr. 2.706 Mio. gem. Parl-Nr. 2024.47

Ergebnis

Stimmberechtigt	56
A: Zustimmung	48
B: Ablehnung	7
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**6. Sanierung/Umbau Obertor 17**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 20:28:04
Abstimmungsfrage Ziff. 1: Stadtratsantrag (unverändert)

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	55
B: Ablehnung	1
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**6. Sanierung/Umbau Obertor 17**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 20:28:47
Abstimmungsfrage Ziff. 2 und 4 (beide neu) gem. Antrag SBK/AK

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**6. Sanierung/Umbau Obertor 17**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 20:29:27
Abstimmungsfrage Ziff. 3 (neu) gem. Antrag SBK/AK (Berichterstattung)

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	35
B: Ablehnung	21
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	B: Ablehnung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**6. Sanierung/Umbau Obertor 17**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 20:30:11
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung (Ziff. 1 bis 4)

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**7. Sanierung/Umbau Obertor 11/13**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 20:31:20
Abstimmungsfrage Ziff. 1: Stadtratsantrag (unverändert)

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	48
B: Ablehnung	8
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**7. Sanierung/Umbau Obertor 11/13**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 20:32:10
Abstimmungsfrage Ziff. 2 und 4 (beide neu) gem. Antrag SBK/AK

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	56
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**7. Sanierung/Umbau Obertor 11/13**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 20:32:47
Abstimmungsfrage Ziff. 3 (neu) gem. Antrag SBK/AK (Berichterstattung)

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	35
B: Ablehnung	21
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnung
Casutt Sarah	B: Ablehnung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	B: Ablehnung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	B: Ablehnung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	B: Ablehnung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	B: Ablehnung
Keller Regula	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	B: Ablehnung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	B: Ablehnung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	B: Ablehnung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**7. Sanierung/Umbau Obertor 11/13**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 20:33:32
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung (Ziff. 1 bis 4)

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	48
B: Ablehnung	8
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Weber Philippe	A: Zustimmung
Werner Pascal A.	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**8. Förderprogramm Energie Winterthur**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 21:13:03
Abstimmungsfrage Bericht 2020-2023

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmende Kenntnisnahme	46
B: Ablehnende Kenntnisnahme	9
Enthaltung	0
Abgestimmt	55
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Casutt Sarah	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Griesser Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Porlezza Gioia	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Romay Dani	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Sorgo Maria	Nicht abgestimmt
Staub Olivia	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Wäckerlin Marc	B: Ablehnende Kennntnisnahme
Weber Philippe	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	B: Ablehnende Kennntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Zäch Benedikt	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Zundel Michael	A: Zustimmung Kennntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmung Kennntnisnahme

Abstimmungstitel**9. Begründung Postulat betr. Begründung von Verwaltungsliegenschaften**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 21:35:16
Abstimmungsfrage Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	38
B: Ablehnung	17
Enthaltung	1
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	B: Ablehnung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	Enthaltung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**10. Begründung Postulat betr. Fassadennutzung für PV-Anlagen**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 11.November.2024 21:57:10
Abstimmungsfrage Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	57
A: Zustimmung	34
B: Ablehnung	22
Enthaltung	0
Abgestimmt	56
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Casutt Sarah	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Künzle Michael	Nicht anwesend
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	Nicht anwesend
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Weber Philippe	Nicht anwesend
Werner Pascal A.	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	A: Zustimmung
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung